

# RECHERCHEBROSCHÜRE EISENHÜTTENSTADT

## Kein Platz für R a s s i s m u s ?



Herausgeber und Redaktion:  
Alternative Gruppen Eishüttenstadt  
Mit Unterstützung der Aktion Analyse  
Koordinierungsgruppe

Projekt "Bunt statt braun"  
der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg  
gefördert durch CIVITAS  
Ansprechpartner in Frankfurt (Oder): Frank Hühner

Anschrift:  
Projekt "Bunt statt braun"  
c/o kowa  
Postfach 1786  
15207 Frankfurt (Oder)

Tel.: 0335-5534 5902  
Fax.: 0335-5534 5903

Aktion Analyse  
C/o DJB e.V.  
Breitscheidstr. 41  
16321 Bernau  
analyse@djb-ev.de

Die Erstellung und Druck der Broschüre wurden mit  
Unterstützung des Projekt "Bunt statt braun" der  
Heinrich Böll Stiftung Brandenburg ermöglicht -  
gefördert durch Civitas.

Druck: Hinkelstein Berlin

V.i.S.d.P.:  
Paul Rothe  
Lawitzer Str. 20  
15890 Eishüttenstadt

■ Wozu diese Broschüre	3
■ Konkret jetzt	4
■ Chronologie rechtsextremer Vorfälle in Eishüttenstadt	4
■ Eine Frage der Wahrnehmung	8
■ Was ist eigentlich Rassismus?	11
■ Ein Stadtspaziergang	12
■ Ein Bericht und ein Fazit	19
■ Anfrage an die Stadtverordnetenversammlung Eishüttenstadt	21
■ Weiße Rose in Eishüttenstadt	25
■ Emanzipatorische Jugendarbeit - Möglichkeiten und Grenzen	28
■ Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt	34
■ Flüchtlingsrat Brandenburg	37
■ Teil des Problems oder Quelle von Gegenstrategien ?	39

Diese Broschüre können Sie beziehen über:  
Alternative Gruppen Eishüttenstadt  
Postfach 07  
15890 Eishüttenstadt  
mail: alternativeehst@lycos.de  
Fon.: 0173-7856288

■ ist eine Frage, die uns im Laufe der Fertigstellung derselben des Öfteren gestellt wurde. Teilweise gestellt von Vertretern der Stadt, von einfachen Bürgern, aber auch von alternativen Jugendlichen. Jedoch gerade diese Fragestellung bestätigt die Notwendigkeit dieser Broschüre Erschreckend viele Leute vertreten die Ansicht: "Solange mir diese Rechten nichts antun, hab ich auch nichts gegen sie." Es ist bedrückend mit anzusehen, wie sehr die Akzeptanz des

# Wozu diese Broschüre?

wie es ihm beliebt, aber andererseits und das ist noch viel schlimmer, das Entschuldigen des Geschehenen nach dem Motto: "die werden sich schon was dabei Gedacht haben." Keinerlei Beachtung wird dabei dem Sachverhalt geschenkt, dass sich hier bei den jugendlichen Tätern eine faschistoide Grundhaltung

im Juli 2001 gegenüber dem Oderlandspiegel.

Es ist kein Wunder, dass diese Form des Faschismus seine menschenverachtenden Ideale immer breiter publizieren kann, wenn es unter Jugendlichen schon als cool gilt rechts zu sein und sie dazu gehören möchten, wenn Erwachsene diese Gefahr ignorieren um



rechten Mainstream als demokratisches Verständnis dargestellt wird.

Zu oft hören wir Sätze wie: "Wir müssen die Rechten integrieren", "Es ist irgendwie verständlich, sie sind ja so perspektivlos" oder "Es sind ja keine Extremisten, sie sind ja NUR rechtsorientiert". Fast so als würde diese Gesellschaft das Vorhandensein dieser Strukturen entschuldigen, abwerten, oder sogar leugnen. So entgeht der Mensch immerhin auch der Gefahr in die Pflicht genommen zu werden oder sich damit befassen zu müssen. Wenn es kein Problem gibt, braucht auch niemand nach Lösungsansätzen suchen, geschweige denn Verantwortung zu übernehmen.

All das führt sogar soweit, dass Eltern von jugendlichen Opfern rechtmotivierter Gewalttaten zu ihren Kindern sagen, würdest du vernünftig rumlaufen, wäre das nicht passiert.

Ein gesellschaftlicher Mißkredit in zweierlei Hinsicht. Einerseits die Einschränkung der persönlichen Freiheit des alternativen Jugendlichen sich so kreativ zu kleiden

soweit verfestigt hat, dass sie der Meinung sind, wann immer sie sich berechtigt fühlen die "Personifikation des Feindbildes" zu elementieren. Sie glauben von sich die Exekutive irgendeines "Nationalen Gedankens" zu sein und ihre Motivation ist nichts anderes, als Rassismus und die Verachtung von scheinbar Minderwertigem.

Aber auch im Bereich der Jugendarbeit gibt es Ansätze, die sehr zu wünschen übrig lassen. So gibt es in dieser Stadt eben Jugendclubs wie das KUZ, in denen Jugendlichen ohne Bomberjacken von Mitarbeitern des Hauses der Einlaß verwehrt wird, da sie mit den Jugendlichen mit Bomberjacken, die es sich regelmäßig im Haus gemütlich machen nicht in Konflikt geraten wollen. Oder besser noch im Trockendock, wo nichtrechte Jugendliche von Sozialarbeitern rausgeschmissen werden, aber auch von den Rechten selbst.

"Kinder und Jugendliche werden zur Zeit massiv von der NPD und ihr nahestehender extremer Gruppierungen umworben" erklärte Sozialdezernent Werner Hartmann

sich nicht damit befassen zu müssen, wenn Stadtverantwortliche das Problem leugnen, um den Standort sauber zu halten, wenn "Rechtsein" immer noch als eine von vielen Meinungen in einer demokratischen Gesellschaft akzeptiert wird, und nicht als ein die Würde des Menschen zerstörendes Verbrechen. Duldung und Ignoranz gegenüber Rassismus und Rechtsradikalismus haben zur der Realität geführt in der wir heute leben. Daran hat auch kein bundesweiter Betroffenheitssommer im Jahr 2000 etwas geändert, als wir alle öffentlich feststellen durften, dass der Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft kommt und tatsächlich schon hunderte Tote gefordert hat (davon mindestens einen in Eisenhüttenstadt) - die Verletzten, Gedemütigten oder in den Tod abgeschobenen nicht mitgezählt. Es gibt keinen Grund sich beruhigt zurückzulehnen. Auch das soll diese Broschüre zeigen.

## Chronik rechter Delikte / Eishüttenstadt

1996

23.02

Eine Gruppe Jugendlicher bewegt sich vom Kastanienhof zum alternativen Jugendclub "Café Olè". Dort angekommen skandieren sie mit Parolen wie "Sieg Heil" und "Juden raus", schlagen und treten die Gäste und stecken den Club, indem sich 30 Menschen befinden, in Brand.

(MOZ, Februar 96)

01.08.

Sechs Jugendliche im Alter von 17 bis 21 Jahren, darunter zwei Frauen, suchen sich wahllos ein Opfer im Clara-Zetkin-Ring. Unter Schlägen, Tritten und einem Sprung auf den Kopf erpressen sie 90 Mark und eine EC-Karte mit Geheimnummer. A. Götz stirbt an den Folgen der Misshandlungen.

(Tagesspiegel, 14.09.2000)

■ Die Täter sind bekannte Personen aus der rechten Szene mit Kontakt zu NPD-Kreisen (zwei von ihnen sind wegen rechtsextremer Propagandadelikte gerichtsbekannt). Weiterhin handelt es sich hauptsächlich um betreute Jugendliche aus dem Haus der PeWoBe.

September

Ca. 10-15 Jugendliche greifen drei Afrikaner in der Nähe der ZAST an, sie schlagen sie zusammen und schießen einem der Opfer in den Rücken. Wenige Stunden später werden zwei Portugiesen von 7-9 Jugendlichen bedroht, geschlagen und ausgeraubt.

(Tagesspiegel, 15.10.1996)

Oktober

Zwei Personen aus Frankreich werden angegriffen und geschlagen.

(TAZ, 29.10.1996)

09.11.

Ein Sudanese wird von drei Unbekannten beleidigt und geschlagen

# Konkret JETZT

■ Bis zum Jahr 1996 ist es möglich, rechte Gewalttaten in Eishüttenstadt anhand von Presseartikeln zurückzuverfolgen. Das es bereits in den Jahren zuvor zu derartigen Delikten kam ist sicher, allein alle Presseartikel zu recherchieren ist nicht zu leisten.

Ebenso können wir keinen Anspruch auf Vollständigkeit der vorliegenden Chronik erheben. Dies erklärt sich einerseits aus der mangelhaften Wahrnehmung in der Stadt für rechte Gewalttaten, andererseits wird nicht bei allen rechten Straftaten Anzeige erhoben, da die Opfer häufig verunsichert oder verängstigt sind. Daher ist von einer weitaus höher liegenden Dunkelziffer rechter Übergriffe auszugehen.

Bei diesen Straftaten handelt es sich nicht allein um Parolenbrüleri, das Tragen und zur Schau stellen verfassungswidriger Symbole, Hören hetzerischer Musik oder um Anpöbeleien der Mitbürger. Einen großen Anteil bilden auch Gewalttaten, bei denen die Täter körperliche Beeinträchtigung, psychische Belastungen und Schäden durch die Folgen der Übergriffe bei ihren Opfern in Kauf nehmen.

Es ist zu erkennen, dass die rechten Täter mit einem hohen Gewaltpotential handeln. Baseballschläger, Rauchbomben, Brandstiftung, mit Springerstiefeln gezielte Tritte auf den Kopf, mit dem Messer zugefügte Schnittwunden, Schläge des Kopfes auf den Boden und Schüsse mit Waffen zeigen, dass die Hemmschwelle, zu extremen Gewaltmitteln zu greifen, verschwunden ist.

Die Zunahme der rechten Gewalt- und Straftaten in Eishüttenstadt zeigt eine Verfestigung der rechten Szene innerhalb der Stadt. Diese spiegelt sich jedoch nicht in parteipolitischen Strukturen oder Organisationen wieder. Kameradschaftsbildungen verliefen

im Sande und die NPD kann sich in Eishüttenstadt nicht auf aktive Kader stützen, sondern lediglich auf eine bestimmte Zahl von Anhängern, welche jedoch nicht geringer wird. Die Chronik beweist jedoch, dass es keiner straffen politischen Organisation bedarf, um rechte Denkweisen in Gewalttaten umzusetzen.

Durch eine fehlende Auseinandersetzung mit der sich entwickelnden rechten Szene wurde in Eishüttenstadt die Basis geschaffen, die den Rechten ein offenes Agieren ermöglicht, ohne dass sie ernsthafte rechtliche Konsequenzen oder eine gesellschaftliche Auseinandersetzung zu erwarten hätten. Im Gegenteil wurde es rechten Jugendlichen ermöglicht, sich Räume zu schaffen, die stetig ausgeweitet werden. In einer solchen Situation brauchte die Entwicklung eines rechtsorientierten Mainstream weder gesteuert, noch gefördert zu werden. Sie bekam eine Art Selbstlauf. So nehmen die coolen, älteren Einfluss auf Jüngere, welche in dieser rechtsdominierenden Umgebung gar nicht die Alternative haben, sich anders zu orientieren. Jugendliche, die den rechten Denkweisen nicht folgen, werden verdrängt. Dabei ist auch das Mittel der Gewalt willkommen. Im Verlauf der letzten Jahre hat sich Feindbild herausgebildet, das einen großen Teil der Gesellschaft mit einschließt, wie zum Beispiel Menschen anderer Hautfarbe, Flüchtlinge Migranten, Jugendliche die sich vom rechten Mainstream absetzen, Homosexuelle, Behinderte...

Das Wegschauen ist Bestandteil eines Klimas, in dem sich die rechte Szene als eine feste Jugendkultur etablieren konnte, die heute die Straßen und Jugendclubs in Eishüttenstadt beherrscht. Diese rechte Kultur wird getragen von rechter Musik, Frisuren, Outfits und Parolen. Es ist "in" geworden,

rechts zu sein. Dies heißt nicht, dass hinter jedem rechten Jugendlichen ein komplexes politisches Weltbild steht. Durch das Schweigen und Wegsehen der Bevölkerung und der Stadt fühlen sich diese Jugendlichen jedoch in ihrem Handeln bestätigt und sehen sich oft sogar als die Vollstrecker der heimlichen Wünsche der Bürger.



Einbruch von Neonazis in das "Jubs"

**1997**

14.06.

In Eisenhüttenstadt wird eine Kameradschaft gegründet, die mit der Vereinigung den "Nationalen" zusammenarbeitet, welche ihrerseits wiederum Kontakte zur NPD unterhält. Nach dem Verbot der "Nationalen" verläuft sich die Kameradschaft jedoch im Sand.  
(Thule-net)

02./03.12.

Drei Jugendliche greifen einen Imbiss der von Ausländern betrieben wird an und misshandeln die zwei jugoslawischen Angestellten. Laut Staatsanwaltschaft Ffo handelten sie aus reinem Fremdenhass.  
(Berliner Zeitung, 10.12.97)

**1998**

23.03.

Zwei Libanesen werden von drei Jugendlichen angegriffen. Während einer der beiden fliehen kann, wird das andere Opfer von den Tätern zusammengeschlagen.  
(Tagesspiegel, 01.04.1998)

August

Im Brunnenring kommt es zu einer Massenschlägerei, 40 rechte Jugendliche werden körperlich

gewalttätig gegen Schüler der Gesamtschule 1.  
(Aussagen der Opfer, MOZ August 98)

25.09.

Die Polizei und MEGA verhindern eine gewalttätige Auseinandersetzung von ca. 50 rechten Jugendlichen, die sich zusammengerottet haben, um Jugendliche von der Skaterbahn körperlich anzugreifen. Bereits einige Zeit zuvor kam es zu Diebstählen und Körperverletzungen.

(Blickpunkt, 04.10.1998,  
Zeugenaussagen)

**1999**

05.03.

Versuch eines Überfalls auf einen alternativen Jugendclub. An der Bushaltestelle Friedrich-Engels-Straße steigen ca. 20 Jugendliche aus der rechten Szene in den Bus Richtung Fürstenberg, um das als links bekannte Cafe Ole zu überfallen. Am Zielort angekommen nimmt die Polizei 15 Jugendliche fest und stellt u.a. 3 Baseballschläger, einen Schlagring und eine Reichkriegsflagge sicher.

(MOZ, 08.03.1999)

07.03.

Am Sonntag gegen 16 Uhr wird ein kenianischer Asylbewerber in der Poststraße von mehreren Jugendlichen (laut Staatsanwaltschaft Ffo: aus der rechtsextremen Szene) aufgehalten und zusammengeschlagen.

(Berliner Zeitung, 09.03.1999, MOZ  
13.03.99)

13.08.

Die NPD demonstriert unter dem Motto: "mehr Meinungsfreiheit für Nationalisten, auch im EKO" in Eisenhüttenstadt (ca. 80 Teilnehmer). Zwei Wochen vorher wurde die Demonstration untersagt.

30.12.

Eine Gruppe mit Ku-Klux-Klan ähnlicher Vermummung zündet vor dem Jugendclub "Café Olé" einen Teppich. Aus der Gruppe werden rechte Parolen gerufen.

(Zeugenaussagen)

**2000**

Ende Mai

Eine Gruppe Vietnamesen wird in der Lindenallee von mehreren rechten Jugendlichen mit Bierbüchsen beworfen. Eines der Opfer wird von den jugendlichen Tätern sowie einem Erwachsenen zusammengeschlagen.

(Opferperspektive - Berlin/MOZ)

Chronologie -Fortsetzung

21.07.2000  
Angriff auf das "Eurocamp" auf dem Hinterhof des KUZ. Fünf Jugendliche im Alter von 14-19 Jahren rufen rechte Parolen wie: "Sieg Heil" und verletzen einen Camp Teilnehmer.  
(MOZ, 24.07.2000)

09.08.  
Unbekannte hängen ein Transparent mit der Aufschrift: "Kein NPD-Verbot" an der B112 auf. Da dieses nicht genehmigt war, entfernt es die Polizei.  
(MOZ, 10.08.2000)

20.08.  
Versuchte Brandstiftung und gefährliche Körperverletzung; Durch ein offenes Fenster wird eine Nebelgranate in einen Wohnbereich der ZAST geworfen. Sieben Personen erleiden Augenreizungen und müssen ambulant behandelt werden.  
(MOZ, 21.08.2000)

07.09.  
Versuchte Brandstiftung am "Café Olè" Zwei Nebelgranaten werden auf die Jugendeinrichtung sowie auf eine Besucherin des Hauses geworfen.  
(MOZ, 27.09.2000)

**2001** Januar

Eine 14jährige wird auf dem Weg zur Schule in der Karl-Marx-Straße/Höhe "ALDI", von sieben Vermummten als: Zecke beschimpft und zusammengeschlagen.  
(Aussage des Opfers)

10.01.  
Nachdem zwei Asylbewerber aus der ZAST einen Freund im Krankenhaus besucht hatten, werden sie von acht Skinheads angepöbelt, beleidigt und bedroht. Als sie körperlich angegriffen werden können sie fliehen.  
(Aussagen der Opfer)

Januar  
In einer Gaststätte stellt ein junger Mann

seinen Oberkörper, der mit verfassungswidrigen Symbolen tätowiert ist zur Schau, skandiert mit dem "Hitlergruß" und ruft: "Sieg Heil".  
(MOZ, 16.01.2001)  
27.01.

Zwei Jugendliche werden, im 7.WK, aus einer Gruppe von 8 Skinheads angegriffen, geschlagen und getreten. Eines der beiden Opfer muss auf Grund seiner schweren Verletzungen im Krankenhaus OP-behandelt werden.  
(BORG-Ffo/MOZ, 10.02.2001)  
17.02.

Zwei rechte Jugendliche (15 und 16 Jahre) die zuvor einen Vietnamesen vom Marktkauf bis zum MC Donalds verfolgten und bedrohten, pöbeln einen 30jährigen Türken im Eishüttenstädter Marktkauf an, treten ihn mit ihren Springerstiefeln und bedrohen den Mann mit einem Baseballschläger.  
(MOZ, 19.02.2001/Bild, 19.02.2001/Spiegel TV)  
25.02.

Ein 16jähriges Mädchen wird in der Beeskower Straße/Kreuzung Karl-Marx-Straße/Höhe "DEFA-Tankstelle" von 3 vermummten Jugendlichen aufgehalten, wegen ihrem "Gegen Nazis" Aufnäher angepöbelt, als Zecke beschimpft und mit dem Messer eines Täters im Gesicht verletzt, während sie von den anderen zwei Mittätern festgehalten wird.  
(BORG-Ffo)  
03.03.

Fünf Personen werden von einer größeren Gruppe von Skinheads aus der Diskothek "Magnet" herausgeprügelt, weil sie: "... lange Haare haben".  
(MOZ, 06.03.2001/Aussagen der Opfer)

10.03.  
In der Frankfurter Straße/Höhe Bushaltestelle/Sparkasse wird in der Zeit von 10:00 - 13:00 Uhr, ein vom Ordnungsamt genehmigter, NPD-Stand durchgeführt. Mit dabei Jugendliche aus dem "CIS" und dem "Trockendock".  
(Zeugenaussagen)

25.03.  
Als ein Mann und zwei Jugendliche von einer Veranstaltung in der Glashüttenstraße kommen, werden sie von 3 Skinheads aus einem Auto heraus beleidigt, verfolgt und ca. 2 km weiter von ihnen angegriffen. Dabei wird einem der Opfer eine Flasche auf dem Kopf zerschlagen.  
(Aussagen der Opfer)

März  
Im 6. und 7. Wohnkomplex werden verstärkt NPD-Aufkleber mit der Aufschrift: "Antifa heißt Angriff - JN heißt leben" angebracht.

03.04.  
Als gegen 19:30 Uhr fünf alternative Jugendliche das Trockendock (Bereich Musikcafé bekannt für rechtes Klientel) betreten wollen, werden sie von 2 Sozialarbeitern aufgefordert das Haus zu verlassen. Die Begründung lautete: "Ihr wollt bestimmt sowieso bloß randalieren."  
10.04.2001

Eine 15jährige kommt aus einen Imbiss in der Fröbelringpassage und wird von einem 17jährigen Mädchen ins Gesicht geschlagen, weiterhin schlägt die Täterin den Kopf des Opfers mehrfach auf den Boden. Laut Bekannten des Opfers stammt die Täterin aus der rechten Szene.  
(MOZ, 14.05.2001/Bekannte des Opfers)



15.04.

Das Aktion Courage-Schild: "Eisenhüttenstadt - kein Platz für Rassismus" am Ortsausgang Richtung Diehlo wird umgeknickt und das Wort "jüdisch" eingeritzt.

20.04.

Fünf alternativen Jugendlichen wird der Zutritt zu einer Disko im "KUZ" von einer Sozialarbeiterin verweigert. Die Begründung dafür lautet: "Ich kenn euch ja gar nicht." Was anscheinend bei dem Dutzend rechter Jugendlicher im "KUZ" nicht der Fall war.

22.04.

Kurz vor Mitternacht erhalten zwei Jugendliche in der Bahnstufunterführung von zwei unbekanntem Tätern Schläge ins Gesicht. Nach Einschätzung der Opfer waren die Täter rechte Skinheads.

(MOZ, 25.04.2001/Aussagen der Opfer)

26.04.

Das Aktion Courage-Schild: "Eisenhüttenstadt - kein Platz für Rassismus" am Ortsausgang Richtung Fünfeichen wird umgeknickt und das "K" mit weißer Farbe übermalt.

30.04.

Wieder wird das Aktion Courage-Schild: "Kein Platz für Rassismus" am Ortsausgang Diehlo umgeknickt.

10.05.

Eine große Gruppe rechter Jugendlicher tritt bei einer Schülerversammlung der Aktion Courage selbstbewusst und ausländischerfeindlich auf und äußert rechte Parolen.

(Bericht von R. Kendon, MBT)

13.05.

Vier Jugendliche richten sich in einen Bunker der früheren Bereitschaftspolizei ein und hören rechtsradikale Musik.

(MOZ, 14.05.2001)

13.05.

Jugendliche des "KUZ" beklagen sich bei dem Sozialdezernent Werner Hartmann, in einem Vor-Ort-Gespräch, über die ständige Präsenz von Rechten im Kulturzentrum bei Discoververanstaltungen. Werner Hartmann erklärte: "Kinder und Jugendliche werden zur Zeit massiv von der NPD und ihr nahestehenden Gruppierungen umworben".

(Oderlandspiegel, 13.05.2001)

19.05.

Ein 21-jähriger Mann schlägt in der Diskothek "Big Fun" einen anderen Gast ins Gesicht. Der Täter trug ein Hakenkreuz - Koppelschloß.

(MOZ, 21.05.2001)

05.06.

Am Vormittag wird beobachtet, daß in der Fischerstraße ein Müllmann vom Tritt eines Müllwagens der Stadtwirtschaft den Hitlergruß zeigt und "Heil Hitler" ruft.

(Zeugenaussagen)

15.06.

Vier jugendliche Hipp-Hopper werden auf der Kanalbrücke Beeskower Straße von einem Dutzend rechter Jugendlicher angegriffen und geschlagen. Drei von ihnen können fliehen, daß vierte Opfer wird über eine Stunde unter der Brücke festgehalten und misshandelt.

(BORG-Ffo)

22.06.

Gegen Abend wird in der Lawitzer Straße ein Jugendlicher von einem alkoholisierten 44-jährigen Mann mit einem Messer angegriffen. Dieser droht mehrfach den Jugendlichen umzubringen. Der Täter äußert während den Morddrohungen, dass schon sein Vater und sein Großvater Nazis waren.

(Aussagen des Opfers/Zeugen)

21.07.

In einer Diskothek werden zwei jugendliche Paare, nach dem Äußerem her, von zwei rechten Männern angepöbelt. Als sie die Einrichtung verlassen, werden sie auf dem Heimweg von den Beiden, die deutsche Volkslieder grölen, verfolgt und dann auf der Eisenbahnbrücke/Straße der Republik tätlich angegriffen. Im Verlauf der Auseinandersetzung können drei der Opfer fliehen. Das vierte Opfer wird den Abhang heruntergezerrt, wo ihm dann drei Zähne ausgetreten werden.

(MOZ - 24.07.01/BORG-Ffo/Aussagen der Opfer)

04.11.

In der Nacht von Samstag zu Sonntag brechen unbekannte Täter in den Jugendclub "JUBS" ein. Zwei Büros, der Flur und der Barbereich werden verwüstet sowie Teile des Inventars zerstört. An Möbeln, Türen und Wänden werden Hakenkreuze geschmiert.

(Zeugenaussagen/Fotos)



# Eine Frage der Wahrnehmung

Im brandenburgischen Eishüttenstadt klagen Jugendliche über zahlreiche Übergriffe von rechten Altersgenossen. Doch in der Polizeistatistik tauchen sie selbst nach Anzeigen nicht als solche auf.

von HEIKE KLEFFNER

■ Rot gefärbte lange Haare, blonde Stoppeln, saubere Markensweatshirts und löcherige schwarze Jeans: Tina, Lisa, Frank und Matthias (alle Namen geändert), die auf einer Couch im offenen Bereich der Jugendbegegnungsstätte Jubs in Eishüttenstadt sitzen, könnten unterschiedlicher nicht sein. "Du bist doch ne Punk-Rockerbraut," spottet der 16-jährige Matthias über den schwarz-roten Kleidungsmix der gleichaltrigen Tina. "Und du bist nur ein Möchtegern - HipHopper", gibt das Mädchen lachend zurück und zeigt auf Matthias weite Jeanshosen.

Einig sind sich die 14- bis 16-jährigen Jugendlichen lediglich darin, dass "die Schubladen" sich schnell verändern können und "eigentlich auch nicht wirklich stimmen". "Ich höre schließlich auch Punk-Musik zu Hause", sagt der vermeintliche HipHopper Matthias. Vielleicht sei er eher "ein BMXer", weil er ständig mit dem Fahrrad zwischen den Plattenbauten düst. Bei allen Unterschieden haben die Jugendlichen, die sich fast täglich in den selbstgestalteten Räumen des Jubs treffen, noch eine weitere Gemeinsamkeit: "Wir sind keine Rechten", sagt Tina stolz.

Bei Matthias war das früher anders: "Als ich 14 war, hatte ich einen Freund, der in einer rechten Clique war. Da fand ich es selbstverständlich, dass ich mich auch so angezogen habe wie die - mit Bomberjacke und kurzen Haaren." Geändert hat sich seine Einstellung, als er ins Jubs kam. "Da hab ich gemerkt, dass die Rechten total stumpf sind, gar keinen Spaß haben, immer nur dumm und ordentlich aussehen wollen und sich schlagen."

Beim Stichwort "schlagen" streicht sich die bis dahin stille Lisa nervös übers Gesicht. Noch immer machen ihr die Erinnerungen an den 12. Januar zu schaffen. Da radelte sie frühmorgens um kurz nach 6 alleine zur Schule, als sie "plötzlich an einer Ecke beim Aldi eine Gruppe schwarz gekleideter Faschos" sah. "Ich hab gedacht, dass die einem Mädchen nichts tun würden, und bin weitergefahren", sagt Lisa. Doch zwei der jungen Männer mit Kapuzen über dem Kopf zogen sie vom Fahrrad und traten auf sie ein. Immer wieder schlug sie mit dem Kopf gegen die Bordsteinkante. "Einer aus der Gruppe hat dann gefragt, ob sie mich richtig fertig machen sollen", erinnert sich das Mädchen. Sie ist sich sicher, dass es sich bei den

Angreifern um Rechte handelte. "Ich hab auf dem Boden gelegen und gesehen, dass sie alle Springerstiefel anhatten." Im Schulsekretariat habe sie später erzählt, was passiert sei. "Die Lehrer haben die Polizei gerufen." Anzeige hat sie trotzdem nicht erstattet. "Ich habe Angst, dass ich dann noch mehr Stress bekomme."

Die anderen Jugendlichen am Tisch nicken. Alle haben eigene Erfahrungen mit "den Glatzen", die meistens genauso alt sind wie sie selbst. Die Gymnasiastin Tina berichtet von den drei Skinheads, die sie am 25. Februar in der Nähe der DEA-Tankstelle wegen eines "Gegen Nazis" - Aufnähers auf ihrem Rucksack erst anpöbelten und dann mit einem Messer schrammten. Erst nach zwei Wochen vertraute sich Tina ihren Freunden im Jubs und der Sozialarbeiterin Ute Ebert an und berichtete auch von Zetteln in ihrem Briefkasten: "Wir kriegen dich als Erstes", stand da in krakeliger Handschrift.

Ein Mitarbeiter der Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt (Borg) aus Frankfurt (Oder), die Ebert um Unterstützung bat, riet dazu, Anzeige zu erstatten. Das hat Tina auch gemacht, doch besonders ermutigend sei das nicht gewesen.

Der Beamte habe sie überhaupt nicht nach "irgendwelchen rechten Hintergründen gefragt".

Auch Frank wurde gemeinsam mit drei anderen HipHopper-Freunden aus dem Jubs am Abend des 15. Juni auf der Kanalbrücke von zehn rechten Jugendlicher zunächst angepöbelt. "Wir haben dann gedacht, dass es besser wäre, erst mal was mit denen zu trinken", sagt Frank. Nach einiger Zeit, in der die Rechten zunehmend drohender auftraten, gelang es ihm und zwei anderen Freunden, wegzulaufen. Aber sein Freund Klaus hatte Pech. Ihn hielten die Rechten zurück und schlugen eineinhalb Stunden auf ihn ein.

Währenddessen rief Frank den Polizeinotruf 110 an. "Aber die haben nur gesagt, dass sie gerade keinen Streifenwagen freihaben, und dann aufgelegt", erinnert er sich. Mit seinem Vater suchte er nach seinem Freund, den sie schließlich mit Würgemalen am Hals, Kopfverletzungen und Prellungen am Bauch fanden und ins Krankenhaus brachten. Auch in diesem Fall wurde Anzeige erstattet, berichtet Ebert. Frank sagt, die Beamten hätten ihm bei seiner Zeugenvernehmung nicht einmal Fotos gezeigt. Dann erzählt er stockend den Drohungen, die er seit dem Angriff als SMS auf seinem Handy erhalten hat.

Die 35-jährige Sozialarbeiterin Ute Ebert hat das städtisch geförderte Jubs in den letzten zwei Jahren mit aufgebaut. Die Räume stünden allen offen, betont sie, "auch rechtsorientierten". Im vergangenen Winter hatte sie eine rechte Clique ins Haus geholt. "Das war zwar nicht einfach für die anderen, aber es gab auch viele konstruktive Gespräche." Einige aus der Clique sind geblieben, die Wortführer hätten sich aber im Sommer wieder "nach draußen orientiert".

Für Ebert und die Jugendlichen vom Clubrat war der Angriff vom

15. Juni der Anlass, die Eisenhüttenstädter Polizei zu einem Gespräch ins Jubs einzuladen. Doch der Leiter des Schutzbereiches hat er nach den Sommerferien einen Termin frei. Ebert hofft, dass man ihren "Hilfeschrei" ernst nimmt: "Wir wollen die Polizei nicht anklagen, sondern nur mit den Beamten über die zunehmende rechte Gewalt reden."



In der Behördensprache des Landeskriminalamts Brandenburg hört sich die rechte Straßengewalt in Eisenhüttenstadt weniger bedrohlich als vielmehr statistisch-abstrakt an: Im Jahr 2000 registrierte das LKA in Eisenhüttenstadt nur ein rechtsextrêmes Gewalt- und ein Propagandadelikt. Dazu kamen vier fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten, ein fremdenfeindliches Propagandadelikt und drei "sonstige" fremdenfeindlich motivierte Straftaten.

Der amtierende Leiter des 4. Kommissariats im Polizeipräsidium Frankfurt (Oder), das auch für die Verfolgung und Bearbeitung der so genannten Staatsschutzdelikte in Eisenhüttenstadt zuständig ist, ist davon überzeugt, dass es in diesem Jahr "ruhiger geworden ist". Sorgen macht Andreas Herrgoß jedoch, dass diese Entwicklung durch die neuen Kriterien zur Erfassung rechtsextrém und rassistisch motivierter Straftaten, die das Bundeskriminalamt inzwischen

erarbeitet hat, nicht widergespiegelt würde. Wenn das Polizeipräsidium Frankfurt (Oder) demnächst die Halbjahresstatistik 2001 vorlegen wird, "werden die Zahlen gestiegen sein, ohne dass dies die Realität wiedergibt", sagt Herrgoß.

Er ist sich sicher, dass die Polizeibeamten im Schutzbereich Eisenhüttenstadt "für das Thema

Rechtsextrémismus sehr sensibilisiert sind". Schließlich würden sie vor Ort den Druck durch die Politik unmittelbar zu spüren bekommen. "Hier wird nichts vertuscht", sagt Herrgoß mit Nachdruck. Eine Zunahme von Übergriffen rechter Skins auf nicht-rechte Jugendliche verneint er entschieden.

Die Angriffe auf Tina, Lisa, Frank und Matthias hat sein Kommissariat nicht bearbeitet. Dafür müssten die Polizisten in Eisenhüttenstadt dem Staatsschutz einen entsprechenden politischen Hintergrund melden. Und den gibt es nach Ansicht von Jürgen Dolass, dem Leiter der Polizeihauptwache Eisenhüttenstadt, nicht. Er ist überzeugt, dass es sich um "ganz normale Körperverletzungsdelikte" handelt. Bei der Aufnahme der Anzeigen hätten seine Beamten nichts herausgefunden, was "in Richtung links oder rechts" ginge. Im Übrigen würde "in der Regel das Opfer zu den vermuteten Hintergründen der Tat befragt,"

versichert Dolass. Auch in den strittigen Fällen hätten seine Beamten sauber ermittelt.

Robin Kendon beschäftigt sich seit längerem mit der offensichtlich konträren Wahrnehmung von rechter Gewalt. Als Mitarbeiter im

Weltbild Übergriffe legitimiere. Kendon ist überzeugt, dass es sich bei derartigen Angriffen "um eine Gewalt mit rechtem Hintergrund handelt." Wenn die Opfer wie Tina und Lisa die Täter aus rechten Skinheadcliquen kennen würden, sei es für die nicht-rechten

nach einem halben Jahr intensiver Beratungstätigkeit in Eishüttenstadt: "Hier muss der Aufstand der Anständigen noch ein paar Hürden nehmen."



Regionalteam Ostbrandenburg der "Mobilen Beratungsteams" (MBT) betreut er verschiedene Jugendprojekte in Eishüttenstadt. "Die klassischen Kriterien für politisch motivierte Straftaten greifen nicht für die Verhaltensmuster einer rechten Jugendzene, in der Gewalt einerseits ideologisch legitimiert und andererseits als legitimes Mittel insbesondere in der Auseinandersetzung mit allem Fremden gesehen wird", erklärt Kendon die offensichtlich konträre Wahrnehmung von rechter Gewalt.

In Eishüttenstadt und vergleichbaren Städten ginge es nicht darum, dass rechtsorientierte Jugendliche oder auch Rechtsextremisten militante Zellen aufbauen und damit ein klar fassbares Staatsschutzdelikt begehen würden. Vielmehr seien hier Jugendliche aus der rechten Szene gewalttätig, weil deren durch rechtsextreme Musik und den rechten Diskurs geprägtes

Jugendlichen nahe liegend, dass sie aufgrund ihrer Ablehnung des rechten Weltbilds angegriffen würden.

Kendon befürchtet, dass die nicht-rechten Jugendlichen das Vertrauen in die Polizei verlieren, wenn ihre Wahrnehmung von den Beamten nicht ernst genommen wird. Er hofft, dass durch das Gespräch mit der Polizei im September eine bessere Verständigung erreicht wird.

Marcus Reinert von der Beratungsstelle für Opfer Rechter Gewalt ist da skeptischer. Er hat beobachtet, dass die Angst der nicht-rechten Jugendlichen, Anzeige zu erstatten, zugenommen hat. "Einige Beamte in der Polizeiwache haben einfach keine Sensibilität für die Problematik und fühlen sich auch noch auf den Schlips getreten, wenn man ihrer bereinigten Statistik widerspricht", sagt Reinert. Sein Fazit

# Was ist eigentlich Rassismus?

■ Es ist davon auszugehen, dass Rassismus immer dann vorliegt, wenn bestimmte körperliche Merkmale oder Eigenschaften qualitativ bewertet werden, z.B. wenn Hautfarben Rückschlüsse auf die geistigen Potenzen geben sollen. Des weiteren liegt Rassismus dann vor, wenn gelerntes Verhalten, z.B. Intelligenz, naturalisiert, d.h. als angeboren unterstellt wird. Diese Arten des Rassismus bezeichnet man auch als genetischen Rassismus. Rassismus liegt z.B. auch vor, wenn behauptet wird, dass Frauen per se weniger Rationalität, dafür von Geburt an aber mehr Gefühl zukomme als Männern usw.

Neben dem genetischen Rassismus gibt es einen sogenannten kulturellen Rassismus. Er liegt immer dann vor, wenn bestimmte Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuche anderer als negativ abweichend deklariert werden. Dieser kulturelle Rassismus scheint auf dem Vormarsch zu sein. Auch diese Form des Rassismus dient der Praxis der Ausschließung anderer, die man benötigt, um ihnen den umkämpften Platz an der Sonne streitig zu machen. (1) Der Rassismus des sogenannten "Ethnopluralismus" liegt darin, dass er eine Vermischung von Menschen, die unterschiedlichen Kulturen angehören, nicht zulassen will. (2)

Darin geht die Vorstellung ein, dass bestimmte vorhandene genetisch bedingte und/oder historisch-kulturell tradierte Eigenschaften und Lebensgewohnheiten dieser Völker sich nicht nur mit den unseren nicht vertragen, sondern dass Rassen- und Völkermischung zur Degeneration der Menschheit, insbesondere zum Untergang der deutschen Menschheit, der deutschen Nation führe. Der Rassismus der Rechtsextremen äussert sich heute also in der Tat meist nicht mehr in Form von Antisemitismus. Er geht darüber hinaus: Man will die Trennung aller sogenannter Menschen-"Rassen" und Völker

oder, wie man auch sagt: Ethnien. Den breiten Wählermassen wird dies dann mit Parolen wie "Deutschland den Deutschen!, Die Türkei den Türken!", "Asylanten ausweisen!" oder aber auch "Ausländer raus!" nahezubringen versucht! Für die Funktionäre werden pseudowissenschaftliche Begründungen bemüht, wie z.B. ständig in der Zeitschrift "Nation Europa", in der man sich immer wieder zu der Annahme versteigt, dass Rassismus selbst eine angeborene Eigenschaft aller Menschen und deshalb niemals vermeidbar sei. (3)

Hier wird deutlich, dass die Rede von der Ausländerfeindlichkeit eigentlich bereits eine Verharmlosung darstellt, denn in den allermeisten Fällen liegt hier blanker Rassismus vor. Dieses Wort "Rassismus" - in den anderen europäischen Ländern gang und gäbe - ist in unseren Ländern aber total verpönt. Er erinnert die Deutschen wohl zu sehr an die Verbrechen des Dritten Reiches. Ethnopluralismus bedeutet also keineswegs ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Völkern und Kulturen. Zusammen mit dem Anspruch auf Herstellung bzw. Bewahrung der "nationalen Identität" des deutschen Volkes wird gleichzeitig immer auch der Besitzanspruch auf Gebiete Polens formuliert, so dass von dem Ziel eines friedlichen, gleichberechtigten Nebeneinanderlebens verschiedener Völker nicht die Rede sein kann.

Die von den Rechtsextremisten behauptete Ungleichheit der Menschen, die nach ihrem rassistischen Konzept gleichbedeutend mit einer Ungleichwertigkeit der Menschen ist, durchzieht mehr oder minder verdeckt die gesamte ideologische Ansprache der heutigen Rechtsextremen. Die äusseren körperlichen Ungleichheiten von Menschen geraten den Rechtsextremen zu angeborenen Wesensunterschieden; kulturell

erworbene Unterschiede werden weder toleriert, noch gelten sie als veränderbar. Sie werden immer als etwas Negatives, von der Norm Abweichendes, ja, als etwas Abartiges angesehen. Und dies ist die Grundlage für die Haltung der Ausschließung alles Fremden, die sie propagieren und praktizieren.

Hier schließt sich der Kreis: Gelingt es den Rechtsextremen, sich wirklich vom Hitlerfaschismus im Bewusstsein der Menschen abzukoppeln, sich vom Antisemitismus zu distanzieren; gelingt es ihnen, ihren Dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus attraktiv erscheinen zu lassen, obwohl sie in Wirklichkeit prokapitalistisch eingestellt sind, ist für sie der Weg frei, über die Schleuse der in der Bevölkerung breit verankerten Ausländerfeindlichkeit und des in der BRD sehr verbreiteten rassistischen Denkens ihre im Kern faschistische Weltanschauung im Bewusstsein der Menschen weiter zu verbreiten. (4)

1. In der Zeitschrift MUT ist eine deutliche Abwendung vom genetischen Rassismus zu beobachten. Man vergleiche dazu den Artikel des Biologen Wolfgang Kuhn 1989. Kuhn zeigt dass die Reduktion des Menschen auf seine Gene wissenschaftlich nicht länger haltbar ist. Kulturelle Rassismen findet man in vergangenen MUT-Artikeln neben genetischen, vgl. z.B. Ortlieb 1987. Andere rechtsextreme Zeitschriften wie z.B. "Nation Europa", die sich jüngst mit den "Deutschen Monatsheften" verbunden hat, verzichteten auch in ihren neuesten Ausgaben nicht auf einen genetischen Rassismus (vgl. z.B. NE 40. Jg. H. 2/1989).

2. Hierbei handelt es sich also um einen verschleiern den Kampfbegriff gegen die Vorstellung einer multikulturellen Gesellschaft.

3. Vergleiche als ein Beispiel von vielen Christian Mattauschs Artikel "Rasse und Rassismus" in Nation Europa 9/1 1986, Seite 65 bis 69. Zur Analyse dieses Artikels vgl. Krieg 1988.

4. Zur herausragenden Wichtigkeit der Ausländerfeindlichkeit als Anknüpfungspunkt für rechtsextreme Ansprache vgl. auch M. und S. Jaeger 1989 und 1990.

**zitiert nach Prof. Dr. S. Jaeger,  
DISS, Duisburg, 1990**



# Ein Stadtspaziergang...

## mit Interviews und Erlebnissen.

■ Es gibt viele solche Städte wie die unsere; ein paar zehntausend Einwohner, einige alte eingemeindete Ortskerne. Speziell für die unsere ist ein Stadtzentrum mit dem Charme der sozialistischen Fünfiger, drum herum mehrere Neubauwohngebiete, wenig Industrie und Arbeitsplätze, die gleiche hohe Zahl Arbeitslosigkeit wie andernorts und gewiss nicht mehr oder weniger rassistische Stimmung in der Stadt, als in vielen anderen Kommunen in Ostbrandenburg.

Dennoch wollen wir es genauer wissen und haben uns die Mühe gemacht viele Leute aus unserem nahen und fernem Lebensumfeld in Eishüttenstadt zu befragen. Sind wir doch auch ein Ort, in dem es durch die Zentrale Aufnahmeestelle für Asylbewerber des Landes mehr Flüchtlinge gibt, als in jeder anderen Stadt in Brandenburg. Im Alltag unserer Mitmenschen macht das kaum etwas aus. Hin und wieder sehen wir Flüchtlinge im Marktkauf, woanders tauchen sie kaum auf. Kaum jemand aus Eishüttenstadt interessiert sich für das Leben hinter den Stacheldrahtzäunen.

Na ja, mit Rassismus wird das ja nun nicht gleich etwas zu tun haben. Sicherlich ist es nur einfach Desinteresse an einem Teil der Mitbürger (in diesem Fall eben den geflüchteten Mitbürgern), außerdem gehören die ja nun vielleicht auch nicht wirklich zu uns oder in unsere Stadt. Nicht umsonst sind "die" hinter die Stacheldrahtzäune verbannt. Da werden sich die Verantwortlichen sicherlich etwas dabei gedacht haben. Wir sind immerhin eine Stadt ohne Rassismus - jedenfalls wird das an unseren Ortseingangsschildern proklamiert. Genauer, es wurde lange Zeit proklamiert - es sind keine Schilder mehr da. Auf unserem Stadtspaziergang ist uns allerhand begegnet:

- Resignation, vorauseilender Gehorsam, ein gehörige Portion Fatalismus, ein Arrangement mit Rechtsextremismus, eine Verinnerlichung rassistischer Einstellungen. Das scheint eben dazu zugehören und kaum jemanden ist es Wert, dies zu thematisieren.

Und die Jugend?

**Wir befragten einige nach ihrem Lebensgefühl in Eisenhüttenstadt, danach wie sie Rechtsextremismus und Rassismus erleben.**

**Thomas (16), Julia (15), Katrin (18), Bert (27) und Achim (21)**  
(einige der Namen sind auf Wunsch der Jugendlichen geändert)

**Hier sind einige Auszüge, subjektiv und wenig repräsentativ, aber ein Blitzlicht auf ein objektiv vorhandenes Lebensgefühl:**

**Frage:** Lebst du eigentlich gerne in Eisenhüttenstadt?

**Thomas:** eigentlich nicht. ....ich weiß nicht.

Eigentlich ist ja nichts Gutes hier. Weil hier nichts los ist. Ein Haufen Faschostress.

**Frage:** Glaubst du, dass es so wie dir auch anderen Jugendlichen geht?

**Thomas:** Ich denk mal schon.

**Frage:** Findest du die Möglichkeiten, die Jugendlichen in Eisenhüttenstadt geboten werden ausreichend, gut oder schlecht?

**Thomas:** Ausreichend? Ich weiß nicht.

**Frage:** Bist du zufrieden mit den Möglichkeiten?

**Thomas:** Nee, weil's einfach mal ein bisschen zu wenig ist. Und wenn Jugendeinrichtungen sind, dann sind sie alle von irgendwelchen Nazis besetzt. Wir haben hier nicht so viele wo wir eigentlich hingehen können.

...

**Frage:** Gibt's in Eisenhüttenstadt Rechtsextremisten oder Neonazis?

**Thomas:** Eigentlich schon. Aber hier gibt's wohl nicht die ganz Großen, die irgendwas organisieren. Sind alles solche, find ich jetzt, kleinen Idioten, Cliques oder sowas, die dann vor irgendwelchen Clubs rumsitzen und auf den Hinterhöfen - das sind auch eher die Schläger.

**Frage:** Wo gibt's die denn am meisten?

**Thomas:** Am meisten gibt's die im VII. und in der Stadt so, da wo ich wohne.

**Frage:** Was hast du für Erlebnisse?

**Thomas:** Unterschiedliche - treffe ja öfter welche. Manchmal wollen sie mir vors Maul hauen. Machen sie dann auch oder ich mach es, bevor sie es machen. Oft versuche ich auf meinem Fahrrad einfach weiterzufahren - auch wenn sie rumpöbeln.

**Frage:** Wie sehen diese Pöbeleien aus?

**Thomas:** Wenn se auf der anderen Straßenseite sind und irgendwelche Sprüche machen. So was wie "guck mal da ne Zecke. verpiss dich Zeckenschwein"- solche Sachen halt.

**Nicht weit von Thomas(16) entfernt treffen wir Julia (15), sie ist Punkerin:**

**Frage:** Lebst du gerne in Eisenhüttenstadt?

**Julia:** Nee, na ja, auf der einen Seite ja, aber auf der anderen Seite auch nicht. Wie soll ich das erklären? Hier ist es voll langweilig, die Stadt ist einfach mal tot, eigentlich ist in Deutschland vieles tot. Wenn ich hier im Club bin fühle ich mich wohl, zu Hause fühle ich mich z.B. nicht wohl. Hier im Club ist es schon cool, hier habe ich auch meine Freunde.

Bloß einerseits ist es auch scheiße, aber ich kann mir auch nicht so richtig vorstellen von hier wegzugehen in die alten Bundesländer, obwohl es vielleicht richtig wäre. Müsste ich schon ganz schön viel aufgeben.

**Frage:** Welche Sachen in Eisenhüttenstadt findest du gut und welche schlecht?

**Julia:** Puhh, weiß nicht. Na ja, der Bürgermeister sagt immer, dass er gegen Rassismus ist, stimmt aber gar nicht, das finde ich einfach mal richtig scheiße. Wenn du hier reinkommst sind doch immer diese Schilder "Wir gegen Rassismus" - finde ich doof. Und bei dem Jugend-Spektakel auf der Freilichtbühne haben z.B. die EH-Chaoten Einlass gemacht und wir als Punker wurden gleich wieder vollgenölt. Auch generell, überall haben die ihre Clubs und wir müssen uns hier in einen zwängen. Hmmm, was ist denn gut...? Na ja, gut ist, dass wir hier einen Club haben, ich meine, früher waren hier ständig Bullen aber das ist ja jetzt auch nicht mehr so. Vor allem lassen uns die hier in Ruhe, gibt ja keinen Aufpasser oder so...brauchen wir auch nicht.

**Frage:** Was verstehst du unter Rechtsradikalismus?

**Julia:** Na, wie soll ich das erklären...was versteh ich darunter...? Naja, wenn ich durch die Strasse gehe und mich total vollpöbeln lassen muss und auf die Fresse kriege, diese ganzen Parolen, die die schreien, die haben einfach mal von nix' ne Ahnung, die sehen das einfach mal falsch. Manche wollen einfach das was der Opa schon falsch gemacht hat wieder machen, so etwas verstehe ich nicht.

**Frage:** Gibt es in Eisenhüttenstadt viele Neonazis, kennst du welche?

**Julia:** Es gibt viele Faschos hier, aber das sind für mich zum größten Teil Mitläufer. Einige aus meiner Klasse sind welche. In den Sommerferien wurden sie von Faschos zum Biertrinken eingeladen und haben sich seitdem auf eine Stufe mit denen gestellt. Na ja, es gibt viele Stadtteile, z.B. der VII. das ist diese eine Gruppe, dann gibt's noch den Pavillion, da

# Interviews

bei der ehemaligen Realschule 2 glauben ich, na ja. Überall sind so kleinen Cliques. Beim Rathaus, also es gibt wirklich recht viele Stellen wo sie sich treffen. Lindenallee ist es auch sehr schlimm, am CineCom und so...deswegen, ich muss ja da auch meistens immer lang, ich fahr aber keine Umwege mehr, ich denk immer, wenn sie mir dann in die Fresse hauen, dann sollen sie das eben machen.

**Frage:** Und hast du denn persönliche Erfahrungen mit denen gemacht?

**Julia:** Ja, das war am 12. Januar, letztes Jahr. Bin ich früh zur Schule gefahren, und da kamen sieben Faschos. Ich bin gerade so um eine Kurve gefahren und da standen die da. Und ich habe noch kurz überlegt, ob ich jetzt weiterfahren soll oder lieber umdrehen, aber wenn sie jetzt was von mir gewollt hätten und ich wäre umgedreht, dann hätten die mich eh gehabt. Also dachte ich mir, dass die mir als Mädels ja wohl nichts tun werden. Da war ich eigentlich auch noch gar nicht hier im Club gewesen. Dann haben die mich festgehalten und so am Fahrrad geruckelt. Ich bin halt vom Fahrrad geflogen, das ist dann zur Seite gefallen und ich habe den einen mitgerissen und bin dann auf der Bordsteinkante gelandet mit den Rippen. Na ja, und dann war der Fascho irgendwie sauer gewesen und ist aufgestanden und hat mir erstmal in den Magen, die Rippen getreten, mit seinen schönen Stiefeln. Und dann kam jeder mal ran..., ich hab aber keine Anzeige gemacht... .

**Bert lebt schon lange in Eishüttenstadt - er ist 27 und bezeichnet sich wie die meisten jungen Erwachsenen und Jugendlichen als unpolitisch. Er kennt auch kaum "politische Jugendliche" - einzige Ausnahme sind für ihn oftmals nur die selbsternannten "Nationalen":**

**Frage:** Lebst du gerne in Eishüttenstadt?

**Bert:** Schwierig. Kenne es so wie es ist. Wenn ich mehr sehen will dann habe ich noch ein paar Städte die hier in der Nähe sind, wo ich hin fahren kann. Man lebt eigentlich fast stressfrei. Wenn ich Action haben will, dann kann ich noch woanders hinfahren.

**Frage:** Was findest du gut an Eishüttenstadt?

**Bert:** Auf die Frage fällt mir keine Antwort ein.

**Frage:** Na dann fragen wir mal was du schlecht findest?

**Bert:** Langeweile kann man in jeder Stadt haben. Na ja, wie gesagt, fällt mit eigentlich gar nichts zu ein.

**Frage:** Gibt es Rechtsradikale oder Neonazis in Eishüttenstadt?

**Bert:** Na ja. Als erstes würde ich es so sehen. Es gibt Leute, die meistens dann in der Gruppe sich an andere ranmachen die halt schwächer sind und vielleicht anders denken. Ob es nun Hip Hopper sind oder

Punks oder Leute, die anders rumlaufen mit denen sie einfach mal Stress machen können.

Mit einem habe ich auf Arbeit zu tun. Der gibt mir da so ein bisschen Einsicht. Also er sagt immer, sie sind Nationale. So, wie er es erzählt gibt es davon einige, sogar viele. Sie wollen nicht als Nazis oder Faschos bezeichnet werden. Es gibt sie schon.

Und man kann es nicht unbedingt in der Innenstadt sehen, und es stimmt auch nicht, wie der Bericht in der Zeitung sagt, dass es bloss zehn Leute gibt, die auch zum festen Kern gehören, von denen fünf immer im Gefängnis sitzen, das haut nicht hin.

**Frage:** Wer hat das denn gesagt in der Zeitung?

**Bert:** Dieser Jugenddezernat oder so.

**Frage:** Also du bist schon mehr als zehn Rechtsradikalen in Eishüttenstadt begegnet?

**Bert:** Ja, haha auf jeden Fall. Also, bei dem was ich alles so als Rechtsradikale nennen will, das macht es ja dann nachher aus.

**Frage:** Hast du persönliche Erfahrungen gemacht mit denen?

**Bert:** Von körperlicher Seite bin ich bisher verschont geblieben, also ein paar kleine Auseinandersetzungen. Aber das direkt Druck gemacht wurde, kenn ich eigentlich nicht. Außer ein paar politischen Blättern, die zur Werbung überall drin liegen, sehe ich Rechte sonst nur in der Stadt beim Einkaufen.

**Frage:** Woran erkennst du die Leute die rechtsradikal sind.

**Bert:** Ziehen sich ja nun mal in gewissen Richtungen mit gewissen Sachen an, dass man es sagen kann, dass sie dazu gehören. Und ob das nun vom Haarschnitt ist, auch wenn es vielleicht von den Leuten falsch verstanden ist, von dem wo es eigentlich herkommt, seine Ursprung hat. Mit den Sachen mit denen sie sich kleiden mit dem Haarschnitt mit dem sie rumrennen. Aber was willst du denen erzählen?

**Frage:** Gibt es Jugendliche, die sich nicht offen rechtsradikal kleiden aber trotzdem rechts und rassistisch denken?

**Bert:** Ja. Der Kollege auf Arbeit erzählt, dass er früher auch so extrem rumgerannt ist, aber damit erreicht man eben keinen. Wenn er jemanden ansprechen und überzeugen will, muss er erst einmal ganz normal rüber kommen im Erscheinungsbild. Dann fängt er an, wie es einige andere Leute in Eishüttenstadt auch gibt, mit der Überzeugungsarbeit bei Jüngeren. Und die lassen sie sich dann nachher darauf ein, weil da einer auf sie zutritt, der nicht so aussieht als ob er Stress und haste nicht gesehen machen will, sondern erst einmal so als Kumpel rüber kommt.

**Frage:** Erlebst du das als Strategie, dass Rechtsradikale versuchen als nett bürgerlich

## Interviews

anzukommen und Überzeugungsarbeit leisten?

**Bert:** Ja, er bestätigt mir das ja.

**Frage:** Wer ist am meisten betroffen von Rassismus und Rechtsradikalismus?

**Bert:** Ich nehme an jeder, der nicht in ihr Bild passt. Immer Jugendliche, die sich nicht dazu zählen. Die eben sagen: ich mach mein eigenes Ding, ich brauch das nicht. Auch mal einige Ausländer, Asylanten, die dann mal hier überfallen werden. Mit einer Grosstadt kann man ja die Stadt hier nicht vergleichen.

**Frage:** Ist Eisenhüttenstadt eine Stadt ohne Rassismus?

**Bert:** Nein, ist sie nicht. Dieses Schild finde ich schon mal gut, dass sie es hingestellt haben. Aber ich glaube eher, dass es eine Entschuldigung dafür ist, dass sie sich eigentlich mit dem Problem nicht genug beschäftigen. Sonder einfach nur das Schild hinstellen, um ein Alibi zu haben: "Hier guckt wir machen dies und das dagegen!"

**Also es gibt sie, die rechte Szene, neben Schlägern und losen Cliques auch die sich politisch Organisierenden. Wir erfahren, dass sie versuchen gezielt ihre nationalistischen und rassistischen Vorstellungen zu verbreiten ohne als Extremisten stigmatisiert zu werden; dass sie dabei auch immer wieder auf Menschen stoßen die ihnen zuhören, sich mit ihnen auseinandersetzen wollen. So setzen sich viele mit ihren Phrasen von Nation, Heimat, Ehre und Treue auseinander- und führen eine Wertediskussion mit den Termini des Rechtsradikalismus. Das freut sich doch der nationalistische Propagandist.**

**Wir gehen weiter. Uns interessieren die Erfahrungen aus den Jugendeinrichtungen.**

**Frage:** Was für Jugendclubs besuchst du denn hier in Eisenhüttenstadt?

**Julia:** Also, meine Freistunden verbringe ich im JUBS und am Nachmittag bin ich halt im Cafe Ole. Ein paar Freunde habe ich dadurch verloren.

**Frage:** Warum war das so?

**Julia:** Weil... wir sind ja Snakeboard gefahren und so, und dann war ich ja hier mit einem Punker zusammen, und dann haben die mich irgendwann auch als Punksau bezeichnet. Ist einfach mal irgendwie scheiße. Solange wie ich die nur mal sehe ist es auch ok. Niemand kann mir mein Leben vorschreiben.

**Frage:** Was für Jugendclubs gibt es noch, außer den beiden, die du jetzt genannt hast?

**Julia:** Na, Trockendock, KUZ, ... Maxi oder so, ach ja, Alpha...

**Frage:** Und was hast du für Erfahrungen mit denen

gemacht? Gehst du da hin?

**Julia:** Nee, also im Trockendock da sind nur Faschos, da geh ich nicht hin. Also wenn ich da reingehen würde wüsste ich ganz genau wie ich da rauskommen würde...

**Frage:** Müsstest du dir Sorgen machen, dass die dir eine reinhauen, oder warum?

**Julia:** Ja, da bin ich mir ziemlich sicher, die machen



vor nichts halt. Nicht mal vor weiblich, alt oder behindert. Weiter gibt es noch das KUZ, das ist nichts für mich. Wenn du da reinkommst... mit den ganzen Betreuern, die sind echt scheiße. Ich meine, ich bin in Clubs, um von meinen Eltern wegzukommen. Hier im Cafe Olè ist das alles ein bisschen lockerer. Im Maxi war ich noch nie, will ich auch gar nicht, sind auch nur Faschos. Alpha war ich jetzt vor kurzem mal drin, da war ich eingeladen, weil Japaner hier waren und ich da mitgeholfen hab.

**Frage:** Was muss denn für dich ein Jugendclub haben, damit er dir gefällt und nicht blöd ist?

**Julia:** Na ja, ich sag mal... jeder Club hat ja so etwas wie eine Clubordnung. Hier im Cafe kann ich machen was ich will, ich brauche nicht eine Erlaubnis einholen ob ich mal ne andere Kassette oder CD reinmachen kann. Wenn ich was spielen will, dann kann ich es machen. Im JUBS da ist es so, da musste noch was abgeben, als Pfand. Im KUZ ist es auch so, wenn du was machen willst, und ständig hast du Leute, die auf dich aufpassen. So mit Betreuern, ich will und brauch den ganzen Scheiß nicht.

**Frage:** Eisenhüttenstadt hat ja mehrere Jugendeinrichtungen. Welche davon nutzt du, welche hast du genutzt?

**Bert:** Ich bin immer ins JUBS gegangen, bevor wir ein eigenes Projekt hatten.

# Interviews

**Frage:** Welche gibt es noch, die nennenswert sind oder die du empfehlenswert findest?

**Bert:** Ich bin in keinen weiter gegangen, weil es mich nicht so interessiert hat, ist ja auch nicht so das Programm.

**Frage:** Du hast mit Freunden ein eigenes Projekt?

**Bert:** Es ist entstanden aus der Notsituation. Da wir selber keine Möglichkeit haben im Winter oder bei schlechtem Wetter, den Freizeitsport: ...sämtliche Skaterichtungen, ob nun BMX 'en, Inlineskating, Skateborden ... eben Funsportarten, auszuleben. Hier ist die Möglichkeit, auch bei schlechtem Wetter fahren zu können. Die Stadt hat zwar zwei Parks und das ist auch gut aber eben nur bei gutem Wetter. Sonst gibt es keine Möglichkeiten auch nicht in der näheren Umgebung. Da müsste man nach Berlin fahren oder Cottbus, und in der Woche ist schlecht. Am Wochenende geht schon mal.

**Frage:** Ihr habt sozusagen aus eigener Kraft eine Halle gemietet?

Wie kriegt ihr da die Kosten gedeckt?

**Bert:** Wir sind eine Jugendinitiative, wo die Leute ein Anteil tragen. Ein Monatsbeitrag von 20 DM, den sich jeder locker leisten kann.

**Frage:** Inwieweit habt ihr schon versucht, dass über die Stadt abdecken zu lassen?

**Bert:** Gar nicht, weil es dann so sein würde, wie es in anderen Jugendclubs ist. Bei uns ist die Couch von Oma und wenn da jemand mit Schuhen drauf tritt ist das auch okay. Der muss sich ja da auch wieder irgendwann hinsetzen und das stört niemanden. Der Tisch ist eine alte Spanplatte mit Reifen drunter- ist auch egal. Lieber so als ständig bevormundet.

**Frage:** Habt ihr in eurer Initiative Schwierigkeiten oder Probleme mit Rechtsradikalismus gehabt?

**Bert:** Wir hatten vor einer Weile Zeiten, wo Leute von uns mit Autos verfolgt wurden. Aber dem Problem sind wir durch Unterstützung Herr geworden. Wir haben das auf unsere Weise geklärt, ohne Polizei.

**Frage:** Wie gehen denn Sozialarbeiter mit dem Problem Rechtsradikalismus und Rassismus unter Jugendlichen um?

**Bert :** Im JUBs waren mal ne Zeit rechtsgesinnte Jugendliche untergebracht. Mit den Leuten gab es mal Gespräche, aber es haben nicht viele teilgenommen, weil sie gesagt haben sie lassen sich nicht bequatschen. Ich habe nicht so den Einblick. Kümmern werden die sich schon, aber ob sie damit was erreichen, ob sich die rechten Jugendlichen damit auseinandersetzen wollen ist die andere Frage.

**Wir wollen mehr wissen und treffen Achim. Er ist , wie er sagt bewusst nicht rechts und kennt fast alle Jugendclubs in seiner Stadt. Zum JUBS weiss er auch einiges:**

**Achim:** In dem Nachbarwohngebiet war mal `ne Clique von "Dress-Code-Rechten". Da gab es dann mal eine öffentliche Beschwerde, weil die wohl `ne Frau von einem Polizisten angemacht haben. Jedenfalls hat der Jugenddezernent zu ihnen wohl gesagt: geht doch ins JUBS. Na da waren die dann auf einer Etage mit von der Diakonie betreuten Aussiedlerjugendlichen. Die JUBS- Jugendlichen waren ganz schön sauer: jetzt wurden sie in ihrem eigenen Club von den Rechten angepöbeln. Auf jeden Fall haben die Sozialarbeiter nicht weggeguckt und sich mit antifaschistischen Jugendlichen zusammengesetzt und immer wieder politische Auseinandersetzungen eingefordert. Die rechte Clique zerfiel jedenfalls in mehrere Grüppchen. Ich glaube, noch mal will da niemand sich so einen Stress aufdrücken lassen. Was ich hart an der Geschichte finde ist, dass da also eine Clique von pöbelnden Rechten vor diesem Club abhängt, einer Frau eine Flasche vor`n Kopf knallen und dann schickt die einer von der Stadt in den Club wo die Leute sind, die immer von ihnen angemacht werden.

**Frage:** Welche Clubs arbeiten denn noch mit rechten Jugendlichen?

**Achim:** Das JUBS arbeitet doch nicht mit rechten Jugendlichen, das war so was wie eine Ausnahme! Na ja. Es gab mal eine Reportage im Spiegel- TV. Die waren im Trockendock in dieser Sonnabend-disco. Auf jeden Fall ist dann das Kamerteam als Judensender beschimpft worden... ganz offen, vor der Kamera. Und nachdem der Journalist nachfragen wollte haben auch noch andere Jugendliche dem zugestimmt und dann vor laufender Kamera erzählt, was einen richtigen Nationalisten ausmacht und so weiter. Einige sahen aus wie gewalttätige Nazischläger mit Bierbüchse und Stiefeln- viele waren eher so etwas wie "Schwiegermuttertypen". Vielleicht ist so eine Disco ja Jugendclubarbeit mit Rechten. Ob die die aber ändern wollen, frage ich mich. Sieht eher aus wie Jugendarbeit für Rechte. Ich selber würde da nicht mehr hingehen.

**Frage:** Warum nicht?

**Achim:** Ich war einmal da zu einer Veranstaltung für Weltoffenheit und Toleranz, wie es hieß. Da waren Jugendliche von einem Multikulti-Verein aus Frankfurt/Oder. Je später der Abend wurde, desto mehr füllte sich der Saal mit dem Stammpublikum. Ich spürte schon, dass diese Veranstaltung unwillkommen war. Jedenfalls wurde ich selbst beim Toilettengang angerempelt und vollgepöbelt. Irgendwann war es den Gästen aus Frankfurt zu un-

## Interviews

sicher, sie vertrauten nicht darauf, dass die eine Sozialarbeiterin am Einlass die Situation ausreichend unter Kontrolle hatte, und sie reisten ab. Ich bin da auch nicht mehr geblieben - logisch.

**Auf unserem Spaziergang streifen wir das Industriegebiet rund um das EKO (Eisenhüttenkombinat Ost). Hier haben sich einige kleinere und mittelständische Betriebe angesiedelt. Doch aus einer der Baracken, die zu einer Kabelvernichtungsfirma gehört dringt nicht Maschinenlärm zu uns heraus. Statt dessen hören wir "Rechtsrock" einer Band mit dem Namen "Kontra" - eine der vielen, die die Begleitmusik zum rassistischen Mord- und Totschlag liefern. Ihre Texte sind so einfallslos wie ihre schlecht kopierte Punkmusik, aber ausreichend rassistisch und neofaschistisch im Inhalt, um eine Jugendszene politisch zu versorgen, aufrechtzuerhalten und zu fördern. Nach dem wir uns auch ihr Gästebuch voll mit Heil, 18 und 88 Einträgen\* samt ihrer Konterfeis im Internet angeschaut haben ([www.kontra.de.vu](http://www.kontra.de.vu)) drehen wir uns angewidert ab - sollen wir damit in Eisenhüttenstadt leben müssen?**

**Katrin (18) ist keine Eisenhüttenstädterin. Sie ist hier immer nur in der Woche zur Ausbildung. Wir wollen wissen wie sie unsere Stadt erlebt.**

**Frage:** Seit wann bist du in Eisenhüttenstadt?

**Katrin:** Seit eineinhalb Jahren. Ich bin in der Woche im Wohnheim der AWO und will jetzt nach Eisenhüttenstadt ziehen.

**Frage:** Was findest du gut an Eisenhüttenstadt, was findest du schlecht?

**Katrin:** Jetzt gerade die Leute mit denen ich in hier Kontakt habe. Die Atmosphäre im Internat. Man hat hier mehr Freizeitangebote als in Brisenkamp oder Beeskow. Mit einigen Leuten habe ich negative Erfahrungen. Wer nicht ihrer Meinung ist, wird niedergemacht. Das sind Leute, die ziehen sich hiphop-mäßig an und haben Hakenkreuze auf ihrem Hefter.

**Frage:** Wie findest du den Stadtteil in dem du lebst?

**Katrin:** Gut, erst mal, weil ich da auch ein paar russische Leute kenne, im VII. und mit denen, das kann man sagen, gut klarkomme.

**Frage:** Glaubst du, dass du dich als Jugendliche in Eisenhüttenstadt verwirklichen kannst?

**Katrin:** Auf jeden Fall.

**Frage:** Gibt es in Eisenhüttenstadt Nazis bzw. Rechtsradikale?

**Katrin:** Ja. Ich habe verschiedene Erfahrungen mit

denen. Hier im Internat gibt es einige, mit denen kann ich reden. Es gibt auch solche, die wollen einem ihre Meinung aufzwingen.

Es gibt auch Jugendliche die rechtsradikal denken aber sich nicht so bezeichnen. Sie äußern sich nicht offen rechtsradial, aber das Denken kommt dem rechtsradikalen sehr nahe und die Gestik, die sie von sich geben.

**Frage:** Gibt es Rassismus und Rechtsextremismus nur unter Jugendlichen?

**Katrin:** Auf keinen Fall! Na ja, es gibt ja auf alle Fälle die Zeitzeugen, die schon zur Nazizeit "Heil Hitler" geschrien haben. Oder Politiker wie Haider in Österreich - der ist auch nicht mehr jugendlich. Hier sind es meiner Meinung nach mehr Jugendliche. Die rechten Politiker, die in die Jahre kommen, kümmern sich ja auch mehr um die Jugendlichen.

**Frage:** Welche Jugendclubs in Eisenhüttenstadt nutzt du?

**Katrin:** Den Club 601e.V.

**Frage:** Welche kennst du noch?

**Katrin:** Die "Bronx" im Trockendock kenn ich, das JUBS und das KUZ.

**Frage:** Was für Erfahrungen hast du mit Jugendclubs gemacht, in welche gehst du und welche meidest du?

**Katrin:** Ich gehe in den Club 601 hier in der AWO, hier hab ich überwiegend gute Erfahrungen gemacht. Es gibt zwar ein paar Streitigkeiten, aber die kann man durch Diskussion beilegen. Ich meide die Bronx, weil man da ja... also man hört halt Geschichten und ich bin nicht scharf drauf herauszufinden, was da wirklich abgeht.

Zum Beispiel, dass da Rechtsradikale vor laufender Kamera den Arm heben. Na ja und ich hab keine Lust, nur weil ich nicht so aussehe wie die Leute, mich auf ne Schlägerei einzulassen.

**Frage:** Wen trifft Rechtsextremismus und Rassismus am härtesten?

**Katrin:** Die, die sich jetzt gegen Nazis aussprechen, die Projekte und Aktionen machen und die Ausländer, die hier wohnen und arbeiten.

**Frage:** Ist Eisenhüttenstadt eine Stadt ohne Rassismus?

**Katrin:** Nein. Auch wenn sie gerne so bezeichnet wird.

**\* 18 steht im rechtsextremen Jargon für Adolf Hitler, 88 bedeutet "Heil Hitler" entsprechend der Stellung der Anfangsbuchstaben im Alphabet**

# Interviews

## Eisenhüttenstadt- eine Stadt mit Rassismus. Wird das auch in Zukunft so bleiben?

**Frage an Bert:** Glaubst du, dass Eisenhüttenstadt eine Stadt ohne Rassismus wird oder werden kann?

**Bert:** Nö. Glaube ich nicht. Das wird's überall geben.

**Frage:** Wirst du hier bleiben oder eher mal irgendwann weggehen?



**Bert:** Also eigentlich will ich gerne hier bleiben und so wie es läuft bin ich zufrieden.

**Frage:** Tust du irgendetwas für oder gegen Rechtsradikalismus und Rassismus?

**Bert:** Eigentlich nicht. Besuche mal Demos gegen rechts oder bin Gegendemonstrant beim NPD-Aufmarsch, so was schon. Aber eigentlich soll jeder machen was er für richtig hält und solange ich kein Stress mit den Leuten habe, so lange interessiert es mich auch nicht wirklich.

**Wir können nicht wirklich hoffen: "...so wie es läuft bin ich zufrieden...", "...solange ich persönlich keinen Stress habe interessiert es mich auch nicht..."**

**Frage:** Möchtest du gerne weiter hier in Eisenhüttenstadt wohnen oder möchtest du gerne weggehen?

**Julia:** Eigentlich will ich hier schon weggehen, aber wenn es hier erst mal mit dem Jugendclub so bleibt gefällt es mir. Kann ja sein, dass es hier in 2 oder 3 Jahren alles ganz anders ist, weiß man nicht. Aber es stimmt ja auch nicht, dass es in den Alten Bundes-

ländern keine Faschos gibt, du siehst überall Faschos. Sogar in Österreich oder in der Schweiz, es gibt überall Faschos. Ist ja nicht so, dass es nur in den neuen Bundesländern so ist mit dem ganzen Scheiß.

**Frage:** Was würdest du dir wünschen was soll passieren?

**Julia:** Man müsste den Faschos einfach mal ein richtiges Hirn einsetzen, damit sie endlich mal vernünftig nachdenken können. Weiß ich nicht... wenn man denen als Strafe oder so mal ein Video vorführt, die lachen sich doch nur tot. Die sind so alt wie ich und machen sich ernsthaft darüber Gedanken ob Jude hier, ob Jude da. Ich verstehe das nicht. Wir alle sind Menschen, einfach mal normale Menschen. Vielleicht versucht man, die richtig jungen Leute von den Faschos fernzuhalten, dann werden vielleicht nicht so viele Mitläufer... Vielleicht sollten die Kinder auch schon in der Grundschule aufgeklärt werden, dass man dann, wenn man die Schule wechselt, und da fängt ja dieser ganze Scheiß erst richtig an, weil da Ältere sind, man da schon darüber aufgeklärt ist. Dadurch können es dann vielleicht gar keine Faschos werden. Das wäre das Einzige. Den Faschos ist es ja auch egal, ob sie in den Knast kommen oder nicht. Da haben sie vielleicht noch ein besseres Leben als hier draußen, dort sind sie zusammen mit ihren "Kameraden". Aber die Faschos, die das jetzt schon sind, die kann man wirklich nicht zurückholen, mit denen glaube ich, kann man nichts machen. Man sollte irgendwie woanders ansetzen.

**Frage:** Wird Eisenhüttenstadt eine Stadt ohne Rassismus?

**Achim:** War sie nicht, ist sie nicht, wird sie auch nicht sein.

**Frage:** Sehr pessimistisch? Warum nicht?

**Achim:** Selbst wenn es keine Nazischläger auf der Straße gäbe, gibt es doch ein Potential an Rassismus in den Köpfen der Eisenhüttenstädter. Rassismus ist doch Diskriminierung- also Ungleichbehandlung. Wir müssen also dafür sorgen, dass es Gleichbehandlung gibt, Einkommen und Arbeit, aber eben für alle. Für uns und für die Leute aus der Aufnahmestelle für Asylbewerber. Die Nazis schaffen es, Neid und Hass zu züchten, wollen uns einreden wir wären deutsch, oder jedenfalls besser.

**Wir sollten uns gegen diesen Sozialneid abgrenzen und offensiv auch den Asylbewerbern volle Bürgerrechte geben.**

Na ja, ist schon "harter Tobak" wie es so schön heisst...aber vielleicht ein Schritt in die richtige Richtung.

# Ein Bericht und ein Fazit

■ Vorangegangen war am 25.01.2001 eine Veranstaltung mit Herrn Dr. Rolf Wischnath, dem Vorsitzenden des Aktionsbündnisses, an der nicht alle interessierten Schulen teilnehmen konnten. Anwesend waren Schülervertreter der Schulen der Sekundarstufe in Eisenhüttenstadt, einige komplette Klassen, interessierte Schüler der höheren Klassenstufen, sowie Lehrer und Lehrerinnen der vertretenen Schulen. Außerdem waren Mitarbeiter der Stadtverwaltung, des Schulamtes, sowie Interessierte der "Aktion Courage" Eisenhüttenstadt anwesend.

## Ablauf, 09.30 - 12.30 Uhr

- Begrüßung und Einleitung durch Pfarrer Christoph Lange
- Eingangsreferat von Almuth Berger

Wichtige Stichworte aus ihrem Referat: Das Thema Einwanderung bzw. Zuwanderung ist im Aufbruch. Nach jahrelangem Tabu finden derzeit Entwicklungen hinsichtlich einer Neuregelung der Zuwanderung und Integration von Ausländern in Deutschland statt. Die Zuwanderung von Arbeitskräften soll konkreten Bedarf abdecken, keine Arbeitsplätze vernichten. Dies muss Hand in Hand gehen, mit einer Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten. Ein Vergleich der hohen Arbeitslosigkeit im Osten mit der geringeren Arbeitslosigkeit z.B. in München. Weitere Punkte, die in Zukunft zu lösen sind: Diskriminierung, Ablehnung des Fremden und das Gewaltproblem.

Anschließend gab es erste Rückfragen von Schülern und Diskussion unter der Moderation von Pfarrer Lange

Eine längere "Frühstückspause" bot Möglichkeit für Gespräche. Es gab das Angebot eines "Zettelkastens", in den schriftliche

**zur Veranstaltung am 10.05.2001 im Gemeindezentrum Eisenhüttenstadt. Anwesend war Frau Almuth Berger, Ausländerbeauftragte der Landes Brandenburg und Mitglied im Vorstand des Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.**

Fragen und Bemerkungen zum Thema eingeworfen werden konnten.

Es folgte eine zweite Diskussionsrunde unter der Moderation von Pfarrer Lange.

Die eingeworfenen Zettel wurden inhaltlich sortiert vorgelesen, weitere Fragen und Bemerkungen der Schüler waren möglich. Auf dem Podium haben diskutiert: Frau Berger, Pfarrer Lange und ich (Robin Kendon, Mobiles Beratungsteam Brandenburg).

## Inhaltliche Beschreibung

Es war die ausdrückliche Absicht der Veranstalter, alle Meinungen zu Wort kommen zu lassen. Es wurde anfangs und während der Veranstaltung betont, man solle sich gegenseitig zuhören, um miteinander ins Gespräch zu kommen. Von dieser Möglichkeit haben die Schüler unterschiedlich Gebrauch gemacht.

Ausgehend von den Impulsen, die Frau Berger in ihrem Eingangsreferat gegeben hatte, wurden mehrere Themen in der Diskussion angesprochen:

1. Ein- bzw. Zuwanderung
2. Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze
3. "Anmache von deutschen Frauen durch Ausländerkriminalität"
4. Asyl und "Asylmissbrauch"
5. "Rechts-Links-Polarisierung"

Dabei wurden beinahe alle gängigen ausländerfeindlichen Vorurteile zu diesen Themen mehr oder weniger scharf formuliert zum

Ausdruck gebracht. Es wurde von den Referenten viele Informationen zu o.g. Themen vermittelt. Die Beiträge der Schüler/innen waren stark polarisiert: Typisch für Fragen und Bemerkungen war, dass sie als ausländerablehnend bis hin zu ausländerfeindlich bezeichnet werden konnten. Oft wurden jedoch korrekte Antworten oder Gegenmeinungen aus dem Publikum geäußert. Zum Beispiel: "Ausländische Männer machen uns deutsche Mädchen an" - Antwort (eines Mädchens): "Warum sprichst Du nur von den Ausländern? Deutsche Männer machen uns genauso blöd an!".

Auffällig oft waren die Ausländer ablehnenden bzw. -feindlichen Bemerkungen undifferenziert oder, auch auf Rückfrage, unbelegt. Auch die Fakten und rationalen Argumente, die ihnen entgegengehalten wurden, wurden oft ignoriert oder gar abgelehnt. Häufig kam es während der Veranstaltung vor, dass Schüler/innen, die eine provokante Aussage gemacht hatten, auf die Antwort gar nicht gehört haben. Diese sind typische Merkmale des Rechtsextremismus bzw. der Funktionsweise von festen Vorurteilen. Dagegen waren die offen gestellten Fragen anderer Schüler/innen bzw. die Gegenmeinungen häufiger differenziert oder beruhten auf eigenen persönlichen Erfahrungen.

Auffällig war ebenfalls, dass sich zunächst Mädchen ausländerfeindlich zu Wort meldeten. Die erkennbar als "national" eingestellten Jungen wurden von den diskutierenden Schülern mehrmals aufgefordert, ans Mikrofon zu gehen und nicht nur Zwischenrufe

zu leisten, bis später einer tatsächlich zum Mikrofon ging. Dieselben Jungen haben jedoch während der Pause direkt mit Almuth Berger und mir diskutiert, ihre Ansichten dargestellt, und sich als "national" bezeichnet. Sie haben ebenfalls gefragt, ob es so wie am 25.01. mit Herrn Wischnath, auch am Abend eine Veranstaltung gebe. Mindestens einer derjenigen, die sich als "national" zu erkennen gaben, soll in der vor kurzer Zeit aufgetretenen Gruppe "JN Schönfluss" (JN - Jugendorganisation der NPD) Mitglied sein.

Es ist positiv zu verzeichnen, dass mehrere Schüler/innen aktiv gegen die ausländerfeindlichen Meinungen argumentiert haben, eigene Beispiele und Erfahrungen eingebracht haben und sich nicht haben einschüchtern lassen. Dabei war auch festzustellen, dass sie intelligent auf die tatsächlichen Aussagen reagiert haben und eben nicht das irrationale Verhalten einer vorurteilsbeladenen Einstellung gezeigt haben.

### **Bewertung einer solchen Veranstaltung auf mehreren Ebenen**

#### **1. Bedeutung für die Erwachsenen, Pädagogen usw.:**

Für die anwesenden Erwachsenen dürfte die Veranstaltung der Feststellung des Problems und des Handlungsbedarfes gedient haben. Der **massive, selbstbewusste Auftritt der rechtsextremistisch eingestellten Schüler** macht deutlich, welches Ausmaß die Rekrutierungsbestrebungen der NPD in Eishüttenstadt erreicht haben. Die Schulen, die diese Schüler besuchen, sind in ihrer pädagogischen Arbeit besonders gefordert. Zum Einen ist der Ort Schule für die Agierenden sehr gut geeignet für den Austausch untereinander, sowie für die Rekrutierung selbst. Zum Anderen aber bietet die Schule eine der besten

Möglichkeiten, gegen diese Agitation einzugreifen und die Schüler durch andere Angebote demokratisch einzubinden und gegen die Gefahr des Rechtsextremismus zu stärken. Darüber hinaus sind die anderen Institutionen und Einrichtungen in der Stadt, die einen Zugang zu den jungen Menschen haben, gefragt, zur Überwindung dieses Problems zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig zu unterstützen.

#### **2. Wirkung der Veranstaltung auf die rechtsextremistisch bzw. ausländerfeindlich eingestellten Schüler/innen:**

Auf dem ersten Blick hat die Veranstaltung diesem Personenkreis, der sich zum Teil selbst als "national" bezeichnet, eine hervorragende Plattform geboten, auch wenn sie wohl kaum neue Anhänger gefunden haben. Gleichwohl wurde auch niemand überredet, eine ausländerfeindliche Haltung aufzugeben. Es darf deshalb nicht bei solchen Veranstaltungen bleiben: Folgeaktivitäten sind unbedingt notwendig.

#### **3. Wirkung auf die demokratisch und offen eingestellten Schüler/innen:**

Selbst wenn es nicht möglich ist, während einer solch großen Veranstaltung jemanden von seinen ausländerfeindlichen Einstellungen abzubringen, ist es dennoch möglich, die demokratisch eingestellten, offenen Veranstaltungsteilnehmer über die geäußerten Vorurteile aufzuklären, die unbegründeten Behauptungen zu entlarven, sowie diesen Personenkreis zu ermutigen, sich für mehr Demokratie und Weltoffenheit einzusetzen. Dies ist aus meiner Sicht teilweise gut gelungen.

### **Fazit und Empfehlung**

Diese Veranstaltung bestätigt auf eindeutige Weise die Beobachtungen der letzten Monate in

Eishüttenstadt, dass sich die schon länger existierende rechtsextreme Szene zunehmend organisiert, selbstbewusst auftritt und ein klares Sendungsbewusstsein besitzt. Es besteht dringender Handlungsbedarf, koordinierte Aktivitäten in möglichst vielen gesellschaftlichen Bereichen zu initiieren bzw. zu verstärken, um einerseits den Einfluss dieser Szene einzudämmen und andererseits die gesellschaftliche, zukunftsorientierte Fähigkeit zur Demokratie und Weltoffenheit zu bekräftigen.

Als unmittelbare Empfehlung aus der oben beschriebenen Veranstaltung halte ich es für notwendig, die anwesenden Lehrkräfte der vertretenen Schulen unter Einbeziehung des Schulamtes, des Mobilen Beratungsteams, des Beratungsnetzwerks Schule sowie der Stadtverwaltung zu einer Nachbereitung zusammenzubringen. Ziel sollte dabei sein:

1. Auswertung der Veranstaltung, Feststellung der Schwerpunkte des Handlungsbedarfs für Pädagogen und Ämter.

2. Besprechung der Handlungsmöglichkeiten:

- im Unterricht bzw. in Projektarbeit; über eventuell vorhandene Schulsozialarbeit;

- in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Einrichtungen der Stadt, des Landkreises bzw. des Landes.

Darüber hinaus stehen weitere Überlegungen an, wie andere gesellschaftliche Bereiche in die Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus und Rassismus einbezogen werden können. Hierzu bietet die Initiative "Aktion Courage" bereits eine gute Grundlage.

Robin Kendon, Mobiles Beratungsteam  
16.05.2001

# Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung Eisenhüttenstadt

**Im Folgenden wird eine Anfrage durch einen Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung an die Stadtverwaltung zum Problemfeld des Rechtsextremismus in Eisenhüttenstadt dokumentiert:**

■ Spätestens durch einen Artikel der "Tageszeitung" vom 08.08.2001 ist das Problem der Gewalt mit rechtsextremem Hintergrund in Eisenhüttenstadt erneut in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses geraten.

In einer Presseerklärung weisen der Clubrat der JUBS und die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt Frankfurt (Oder) darauf hin, dass rechtsextremistische und fremdenfeindliche Gewalt in Eisenhüttenstadt kaum wahrgenommen wird, trotz des teilweise hohen Ausmaßes an Brutalität durch die solche Gewalttaten gekennzeichnet sind.

Um so erschreckender ist es, wenn gleichzeitig zu befürchten ist, dass lediglich ein Bruchteil der verübten Straftaten überhaupt (polizeilich) bekannt wird, weil die betroffenen Opfer dieser Straftaten nicht bereit sind Anzeige zu erstatten.

Gleichzeitig hat das Mobile Beratungsteam "Tolerantes Brandenburg" festgestellt, dass Eisenhüttenstadt zu einem aktiven Schwerpunkt der rechtsextremen Szene in Ostbrandenburg zählt.

**Vor diesem Hintergrund frage ich die Stadtverwaltung:**

1. Sind diese Vorfälle der Stadtverwaltung bekannt und wenn ja, seit wann. Wie ist die Stadtverwaltung mit diesen Informationen umgegangen?

2. Welche Angaben hat die Stadtverwaltung über organisierte Rechtsextreme (Anzahl, wo organisiert) in Eisenhüttenstadt und die hier aktiven Organisationen, wie beispielsweise freie Kameradschaften, JN, NPD, Republikaner, DVU etc. ?

3. Wie hoch schätzt die Stadtverwaltung das Potential gewaltbereiter Personen innerhalb der rechtsextremen Szene innerhalb von Eisenhüttenstadt?

4. Welche Handlungsmöglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, um die Anzeigenbereitschaft unter Opfern von Gewalttaten zu erhöhen; wie gestaltet sich in diesem Bereich die Zusammenarbeit mit der Polizei? Wie verhält es sich

mit dem Anzeigenverhalten der Stadt Eisenhüttenstadt in diesem Deliktsbereich?

5. Fragen zur Statistik:

a) Wie hoch ist die Zahl der bekannt gewordenen Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund in den Jahren 2000 und 2001 in Eisenhüttenstadt?

b) In wie vielen Fällen handelte es sich dabei um gegen Menschen gerichtete Straftaten (Gewalttaten, Beleidigungen etc.)? Wie hoch war die Zahl der sog. Propagandadelikte?

c) Unter welchen Voraussetzungen wird eine Straftat als rechtsextremistisch eingestuft? Wann wird eine Straftat seitens der Stadtverwaltung als rechtsextremistisch eingeschätzt?

d) Gibt es Angaben über das Dunkelfeld von Straftaten in diesem Bereich ?

**Antworten aus dem Wortprotokoll der Ausführungen des 2. Beigeordneten und Leiter des Dezernat III Werner Hartmann:**

**Schriftliche Antworten auf die Anfrage an die Stadtverordnetenversammlung zum 30.01.2002 ; Nr. 001/02**

**Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Anfrage war mündlich und schriftlich zu beantworten. (...)**

Jetzt aber zu der schwierigen Anfrage von Herrn Wotschefski. Die schriftliche Beantwortung dieser Anfrage ist mir außerordentlich schwer gefallen.

Die mediale Öffentlichkeit hat schon oft selbstkritische Antworten auf solche Fragen bestraft.

Eisenhüttenstadt hat keinen Grund sich zu verstecken und die Polizei ist nicht auf dem rechten Auge blind.

Wir haben aber auch keinen Grund die Hände in den Schoß zu legen. Für Fremdenfeindlichkeit und Extremismus wird weiter in dieser Stadt intensiv geworben.

Junge Leute sind dabei besonders gefährdet

Die Wahrscheinlichkeit, dass Sohn oder Tochter straffällig werden, ist im Umfeld rechtsextremistischer Gruppen im Zusammenhang von Gruppenzwängen und Alkohol sehr groß. Seit der Einreichung des NPD Verbotsantrages veränderte die rechte Szene ihr äußeres Erscheinungsbild. Die Glatzen mit Springerstiefeln das ist eher die Ausnahme. Ob sich aber rechtsextremistische oder ausländerfeindliche Szenen in einer Stadt wohlfühlen, hängt nicht so sehr vom behördlichen Bemühen ab. Nicht Polizei oder Verwaltungsbehörden prägen die gesellschaftli-

che Atmosphäre. Hier ist eher zivilgesellschaftliches Engagement und Zivilcourage gefordert. Wir müssen vor allem sprachliche Tradition, konservative Wertorientierungen, Gesetzestreue, und Sicherheitsbestreben vom Rechtsextremismus und glatter Ausländerfeindlichkeit trennen. Es sind gerade DVU, NPD und ein paar andere ewig Gestrige, die diese positiven Begriffe schnell für sich in Anspruch nehmen und die Grenzen fließend gestalten wollen.

Dankeschön.

**Sehr geehrte Damen und Herren,**

Eisenhüttenstadt ist kein Zentrum rechtsextremistischer oder fremdenfeindlicher Ausschreitungen.

Die ostbrandenburgische Region wird jedoch von rechtsextremistischen Strategen als besonders zu umwerbend Region betrachtet. Bis heute mit mäßigem Erfolg. Einzelne Medienvertreter werden hierbei unfreiwillig oder leichtfertig zum Steigbügelhalter.

Alle Vereine und Verbände, eine große Anzahl von Einzelpersonen, Vertreter der öffentlichen Verwaltungen und international beispielgebend das EKO, haben sich klar gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit positioniert. Die gemeinsamen Bemühungen werden nicht nachlassen.

Die im Land Brandenburg tätigen Koordinatoren gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit kritisieren immer wieder die Fokussierung der Medien auf die rechtsextreme Jugendszene. Ihre subjektiven Wahrnehmungen decken sich mit den Erkenntnissen der vor gut 14 Tagen veröffentlichten Studie der Universität Leipzig.

### Hier zwei Kernsätze aus der Studie:

-geringe Bildung und Rechtsextremismus sind Geschwister

- Alte zeigen es den Jungen

Zunehmend fällt mir auf, dass es uns Erwachsenen leichter fällt, Recht und Ordnung der jungen Generation zu predigen als Rücksicht und Engagement für den schwächeren Nachbarn. Rechtsextremismus vereinfacht; und das beginnt mit der Umgangssprache.

### Zu den Fragen:

1. Informationen zu Straftaten in diesem Bereich werden regelmäßig Streetworkern und anderen Sozialfachkräften der freien Träger und der Stadt zugetragen. Opfer und Betroffene werden ermutigt, den Weg zur Polizeidienststelle zu gehen und über Beratungen informiert. Eigene Beobachtungen und Erkenntnisse zu Straftaten werden der Polizei zur Anzeige gebracht.

2. In der Bundesrepublik sind die Polizeibehörden, die Staatsanwaltschaften und die Verfassungsbehörden mit der Beobachtung extremistischer Organisationen beauftragt. Der Jugendschutz zu diesem Themenfeld ist gesetzliche Pflichtaufgabe der Landkreise. Zu

allen Behörden gibt es unterschiedlich dichte Kontakte.

3. Hier ist nur eine vorsichtige Schätzung möglich. Gruppen, in denen eine ausländerfeindliche und nationalistische Grundhaltung vorherrschen, sind gewaltbereit. Solche Cliques gibt es in Eisenhüttenstadt. Sie sind aber nicht an den bekannten Etiketten oder gar Parteiabzeichen zu erkennen. Die rechte Szene entwickelt neue sektenähnliche Strukturen, z.B. den Exorzismus und andere kultisch germanische Riten.

4. Die Anzeigenbereitschaft ist eine sehr individuelle Einzelentscheidung, die ich nicht zu beurteilen habe. Ich glaube, die Angst, erneut Opfer einer Straftat zu werden nach einer Anzeige wird sehr überschätzt und ist nach meinen Kenntnissen nicht begründet. Ich kann nur anregen, in diesem Themenfeld zwischen Opfer und Zeuge zu unterscheiden und vor allem den Appell zur Anzeigenbereitschaft an alle zu richten, die Zeuge von Straftaten sind. Die Stadt Eisenhüttenstadt bringt alle strafrechtlich relevanten Erkenntnisse zur Anzeige.

5. Die Antwort der Polizeidienststelle ist hier als Anlage beigefügt.

Mit höflichem Gruß

Werner Hartmann

■ Wer sich in Eisenhüttenstadt auskennt, kann diese Antwort sicher gut deuten, denn sie enthält zwischen den Zeilen mindestens genauso viel, wie im Text selbst. Und das ist eines der größten Probleme im Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus, Gewalt und Rassismus in dieser Stadt. Warum werden bestimmte Dinge nicht beim Namen genannt? Warum werden bestimmte Personen, deren Einfluss auf die Meinung der Bevölkerung statt Weltoffenheit Ausländerfeindlichkeit verbreitet, nicht genannt? Vor allem, warum reden nicht wenige Menschen dieser Stadt unter vier Augen anders, als wenn sie im Licht der Öffentlichkeit stehen?

Es ist an der Zeit, die Mauer der (Ver-)Schweigens zu durchbrechen.

# Rechte Parolen auf dem Schulhof

## Eisenhüttenstädter Jugendliche verprügelten Schüler und zeigten Hitlergruß

**Eisenhüttenstadt** (ndt) Drei alkoholisierte Jugendliche haben am Montag auf dem Gelände der Realschule 1 in Eisenhüttenstadt (Oder-Spree) auf einen 16-jährigen Schüler eingeschlagen und dabei ausländerfeindliche Parolen gebrüllt. Gegen 12.45 Uhr hatten die Jugendlichen im Alter von 16, 17 und 20 Jahren grölend das Schulgelände betreten, ausländerfeindliche Parolen gerufen und den Hitlergruß gezeigt. An-

schließend begaben sie sich ins Schulgebäude, wo zwei von ihnen, der 16- und der 20-Jährige, mit Fäusten auf einen 16-jährigen Schüler einschlugen. Außerdem wurde der Junge mit Füßen getreten. Die Jugendlichen trugen Springerstiefel.

Das Opfer erlitt Verletzungen und musste ärztlich behandelt werden. Obwohl die Schläger vom Schulpersonal zur Rede gestellt wurden, wiederholten sie mehrmals die „Sieg-

Heil“-Rufe und zeigten den Hitlergruß. Während der Straftaten standen alle drei erheblich unter Alkoholeinfluss.

Die Tatverdächtigen, die bereits vorbestraft sind, wurden festgenommen und es wurde Haftantrag gestellt. Vom Amtsgericht Eisenhüttenstadt ist inzwischen gegen alle drei Haftbefehl erlassen, wobei gegen einen der Tatverdächtigen der Haftbefehl gegen Auflagen ausgesetzt worden ist.

Do. 30. Nov. 2000

43259

### Asylheim überfallen

## Anschlag mit Rauchbombe

**Eisenhüttenstadt** (kan) Unbekannte Täter haben in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag eine Rauchbombe durch das geöffnete Fenster einer kolumbianischen Familie in der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber in Eisenhüttenstadt (Oder-Spree) geworfen. Die Polizei musste das gesamte Wohngebäude evakuieren. Bei dem Anschlag haben sieben Personen Reizungen an den Augen erlitten und mussten im Krankenhaus ambulant behandelt werden. Türen, Wände und Fußbodenbeläge der betroffenen Wohnung sind stark verkohlt worden. Die Feuerwehr musste eine Zwangsbelüftung durchführen. Die Kriminalpolizei des Polizeipräsidiums Frankfurt (Oder) hat jetzt die Ermittlung aufgenommen.

8.17.2000

## Probleme

**Eisenhüttenstadt** (geh). Die Jugendlichen im Kulturzentrum (KUZ) wollen endlich den „Zebra-Club“ loswerden. Das alte Wandbild im Keller des Gebäudes gefällt nicht mehr und stört, finden sie. Sozialdezernent Werner Hartmann wollte sich auch die anderen Vorschläge für die Disko anhören und kam zu einem Vor-Ort-Termin ins KUZ. Die Jugendlichen hätten gern neue Sitzmöbel und den Tresen an einer anderen Stelle. Hartmann schlug ihnen vor, ihre Vorstellungen für ein offizielles Gespräch zusammenzutragen. Dann wolle er auch zuständige Leute aus dem Bauamt mitbringen. Darüber freuten sich nicht nur die Jungs und Mädels, sondern auch KUZ-Mitarbeiterin Antje Zech. Sie erklärte dem Dezernenten, dass sich viele Jugendliche hier einfach nicht mehr wohl fühlen. Und Steffen Rosenkranz ergänzte: „Das liegt aber nicht nur an den Räumen, sondern auch an den Rechten, die oft kommen.“

OL: SIEGEL 7.4.01

# Weißerose in Eisenhüttenstadt

oder:

## warum ich nie wieder ein Projekt gegen Rechts mache.

■ aber fangen wir mit den guten Sachen an.

Die im Herbst 2001 im "Aktion Courage"-Gremium durchgesprochene Idee in Eisenhüttenstadt eine Fotoausstellung über die antifaschistische Widerstandsgruppe "Weiße Rose" zu organisieren ist gut. Dass das Jugendwohnheim der AWO dafür Räumlichkeiten anbietet, zeugt von Courage und Interesse an dem Thema. Wenn Jugendlichen die Möglichkeit gegeben wird, sich aktiv an der Gestaltung des Projekts zu beteiligen, ist das ein guter und notwendiger pädagogischer Ansatz. So gab es eine Gruppe Jugendlicher im Wohnheim, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, eine Umfrage mit dem Titel: "Vogel-Strauß-Syndrom" im Haus durchzuführen. Selbstverständlich gab es im Bedarfsfall auch Unterstützung von den Betreuern, aber im Großen und Ganzen haben die Jugendlichen das allein gemacht.

Ihr Ziel dabei war, herauszufinden, wie die Stimmung im Haus zu Themen wie politische Interessiertheit, Akzeptanz von Ausländern, Zugehörigkeit zu Cliques, Zivilcourage und ähnlichem ist.

**Dazu dienten die Fragen:**

**1. Gehörst du zu einer bestimmten Gruppe von Jugendlichen?**

**2. Kannst du in allen Situationen**

**deine persönliche politische Einstellung sachlich darlegen?**

**3. Akzeptierst du anders Denkende?**

**4. Triffst du dich gerne mit andern Jugendlichen?**

**5. Eine oder mehrere Personen bedrängen jemanden, was würdest du tun?**

**-Eingreifen? -Zusehen? -Wegsehen? -Hilfe holen?**

**6. Verhältst du dich anders wenn es um Ausländer geht?**

**7. Glaubst du Ausländer nehmen dir die Arbeit weg?**

**8. Wünschst du dir engere Kontakte zu Jugendlichen anderer Nationen?**

**9. Geht dich Politik etwas an?**

**10. Hast du Dich außerhalb der Schule schon einmal mit der deutschen Geschichte befasst?**

**11. Sollten junge Menschen das intensiver tun?**

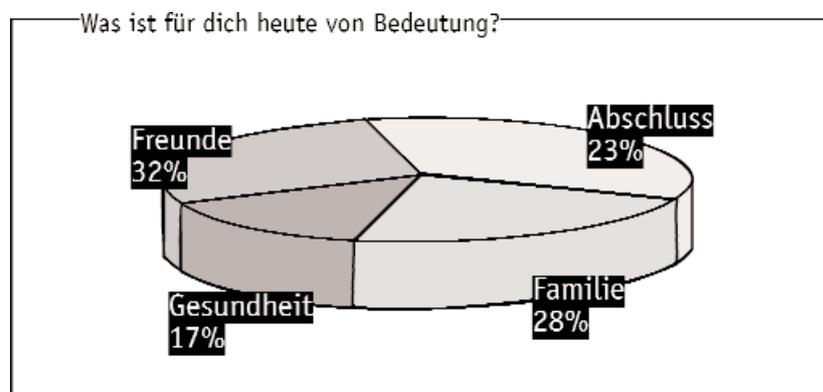
**12. Hast du dir die Ausstellung "Weiße Rose" in unserem Haus schon näher betrachtet?**

**13. Möchtest du mehr darüber wissen?**

**14. Hättest du gern mehr Gesprächspartner oder Zeitzeugen für deine Fragen?**

**15. Was ist in deinem heutigen Leben für dich von Bedeutung?**

100 dieser Fragebögen wurden offiziell im AWO-Haus verteilt mit folgendem Resultat:



Kreisdiagramm zur Auswertung der Frage 15, wie es in dem Projekt erstellt wurde. Antworten wie, "Frank Rennie", "Oi", "Kühlschränke im Internat" wurden unterschlagen.

## Ergebnisse der Umfrage

**Es gab bei uns nach der Auswertung der Umfrage noch einige offene Fragen, da unserer Ansicht nach, zum Beispiel beim Kreisdiagramm von Frage 15, der Teil SONSTIGE nicht vorhanden war. Um unsere Neugier zu befriedigen, baten wir einen der an dem Projekt beteiligten Jugendlichen um ein Interview.**

**Frage:** Hallo David. Erzähl doch mal, was machst du hier?

**David:** Ich wohne hier im Haus, lerne Assistent für Automatisierung und Computertechnik und in meiner Freizeit arbeite ich mit am Club 601 eV.

**Frage:** Du hast hier im Haus an der Umfrage mitgearbeitet. Was habt ihr da konkret gemacht?

**David:** Wir haben den Leuten Fragen gestellt in politischer, geschichtlicher und allgemeiner Hinsicht in Bezug auf Gewalt von Rechts.

**Frage:** Wie seid ihr darauf gekommen?

**David:** Das hat angefangen mit der "Weiße Rose"- Ausstellung, da hat uns der Dr. Resch einen Workshop angeboten, wie man Projekte aufbauen kann. Ich war schon interessiert und es hat sich ja auch alles unverbindlich angehört, bis dann die Betreuer gedrängelt haben, wir könnten so etwas ja ruhig mal machen. Da hab ich ja auch nichts weiter gesagt, warum auch nicht.

**Frage:** Wie waren eure Erwartungen im Vorfeld?

**David:** Wir hätten mit mehr Zivilcourage gerechnet.

**Frage:** Du klingst nicht sehr begeistert. Würdest du so etwas nochmal machen?

**David:** Nicht hier. Hier gibt's zuviel Druck von oben.

**Frage:** Wie? Was hat dir nicht gefallen?

**David:** Es wurde alles ziemlich stark von den Sozialarbeitern ge-

leitet. Ja und am Anfang hat es auch noch Spaß gemacht und dann wurde alles erst mal stillgelegt, weil plötzlich andere Dinge wichtiger waren. Ja und auf den letzten Drücker hieß es dann: Jetzt müsst ihr aber was machen, ihr habt ja sonst nichts gemacht, Ihr wart ja faul.

**Frage:** Was waren das für wichtige andere Dinge?

**David:** Wir mussten das Computerkabinett einrichten das musste alles super schnell gehen, weil der Eröffnungstermin feststand und der Bildungsminister vorbeikommen wollte und da haben die ganz schön Stress gemacht. Da sollten wir uns nur auf das konzentrieren.

**Frage:** ...und wie kamt ihr wieder auf die Umfrage?

**David:** Ja, auf einmal wollten die Betreuer plötzlich Zwischenergebnisse sehen, obwohl wir zwischen durch gar keine Zeit dafür hatten.

**Frage:** Und dieser Druck von oben?

**David:** Der kam dann erst zum Schluss. Ich hab mich auch irgendwie angegriffen gefühlt als es dann hieß, daß wir alle faul wären.

**Frage:** Warum wurdet ihr so angegriffen?

**David:** Ich denke, weil die Ausstellung eben grade hier war. Und die Jugendlichen aus den Gymnasien haben ja auch ihre Projekte gemacht Wie hätte das Ausgesehen, wenn wir nichts gemacht hätten? Das sollte ja zur Abschlussveranstaltung präsentiert werden

**Frage:** Habt ihr mit den Gymnasien zusammengearbeitet?

**David:** Nein.

**Frage:** Wie war die Stimmung unter den Projekten?

**David:** Die Schulen hatten das bestimmt stressfreier, die hatten ja teilweise in der Schule Zeit dazu. Wir haben da ein bisschen hinterhergehungen.

**Frage:** Wurde euch das vorgeworfen?

**David:** Ja, auf jeden Fall.

**Frage:** Wie viele Leute wolltet ihr befragen?

**David:** Wir haben 50 Kopien gemacht, wobei wir das nicht sagen sollten. Falls jemand fragt sollten wir hundert angeben. Von den 50 Kopien wurden 33 beantwortet.

**Frage:** Ich habe ein paar der Umfrageblätter im Vorfeld gesehen. Es gab viele verschiedene Aussagen zu der Frage 15. In der Auswertung jedoch nur 4 Antworten. Wie ist das zu erklären?

**David:** Das wurde von oben so festgelegt das nur das aufgeschrieben wird wovon am meisten dasteht. Wenn da Liebe stand, oder irgendein Hobby, dann wurde das sozusagen verschluckt. Ich habe auch nicht an der Auswertung teilgenommen, ich habe nur die Zahlen gekriegt und sollte die Grafik erstellen.

**Frage:** Wieso habt ihr das so verallgemeinert?

**David:** Mir wurde bloß gesagt, ich soll das so hinnehmen, wie es festgelegt wurde. Es gab da auch keine Abstimmung, es wurde ziemlich verschönert. Es gab ja auch Antworten wie Kühlschränke im Internat, aber auch Frank Rennie (rechter Liedermacher) und OI, das wollte allerdings niemand wahr haben. Ich glaube auch, dass sich die AWO unbedingt vor den anderen Projekten etablieren wollte.

**Frage:** Wie würdest du das Projekt bewerten, ganz persönlich?

**David:** Es war ein Griff ins Klo. Ich habe keine Lust irgendjemandem eine heile Welt vorzutauschen.

**Frage:** Gab es noch andere Dinge, die "verschönert" wurden?

**David:** Ja, zum Beispiel die Rede, die wir ausgearbeitet hatten zur Vorstellung der Auswertung.

**Frage:** Was stand da drin?

**David:** Zum Beispiel, dass wir über das Ergebnis enttäuscht waren.

Eigentlich sind hier die meisten Leute gegen Nazis und so - und dann so ein Ergebnis.

**Frage:** Kannst du dir vorstellen, so etwas in Zukunft noch einmal zu tun?

**David:** Ja klar, aber nicht hier. Das erinnert doch sehr an einen Umgang mit politischen und gesellschaftlichen Problemen, die nach dem Motto agieren: "Es kann nicht sein, was nicht sein darf."

**Nach diesem Interview stellen sich uns noch einige Fragen mehr:**

■ **Wozu lassen Pädagogen Jugendliche eine Umfrage machen, wenn sie dann die recherchierten Ergebnissen nicht akzeptieren?**

**Warum initiieren Pädagogen Projekte gegen Rechtsextremismus und versuchen Jugendliche zu motivieren sich aktiv damit auseinander zusetzen, wenn sie den Jugendlichen eine eigenständige Einschätzung ihrer Arbeit nicht zutrauen?**

**Welcher Anspruch steht hinter einer Arbeit gegen Rechtsextremismus, wenn es statt eines kontinuierlichen Konzeptes zivilgesellschaftliche Prozesse zu fördern, einen scheinbar beliebigen Aktionismus gibt, der als erfolgreicher Kampf gegen Rechtsextremismus präsentiert wird?**

**Wem nützt solch pädagogisch zweifelhaftes Engagement?**

**Werden so Jugendliche gewonnen oder eher funktionalisiert und abgeschreckt?**

K  
u  
r  
t  
  
T  
u  
c  
h  
o  
l  
s  
k  
y

## ROSEN AUF DEN WEG GESTREUT

Ihr müsst sie lieb und nett behandeln,

erschreckt sie nicht - sie sind so zart!

Ihr müsst mit Palmen sie umwandeln,

getreulich ihrer Eigenart!

Pfeift euerm Hunde, wenn er kläfft -:

Küsst die Faschisten, wo ihr sie trifft!

Wenn sie in ihren Sälen hetzen,

sagt: Ja und amen - aber gern!

Hier habt ihr mich - schlägt mich in Fetzen!

Und prügeln sie, so lobt den Herrn.

Denn prügeln ist doch ihr Geschäft!

Küsst die Faschisten, wo ihr sie trifft!

Und schießen sie -: du lieber Himmel,

schätzt ihr das Leben so hoch ein?

Das ist ein Pazifisten-Fimmel!

Wer möchte nicht gern Opfer sein?

Nennt sie: die süßen Schnuckerchen,

Gebt ihnen Bonbons und Zuckerchen

Und versperrt ihr auch

In euerm Bauch

den Hitler-Dolch, tief, bis zum Heft -:

Küsst die Faschisten, küsst die Faschisten,

Küsst die Faschisten, wo ihr sie trifft

Kurt Tucholsky

# Emanzipatorische Jugendarbeit - Möglichkeiten und Grenzen



■ **Weder das Phänomen Rechtsradikalismus noch die Forderung an Jugendarbeit, rechtsradikalen Jugendlichen Einhalt zu gebieten, ist etwas Neues. Dennoch lassen sich nachhaltige Erfolge in Brandenburg im Bereich der Jugendarbeit nicht erkennen. Deshalb ist es notwendig "tabula rasa" - reinen Tisch - mit den bestehenden Ansätzen und Konzepten von Jugendarbeit zu machen, die auf den Weg geschickt worden sind, um den rechten Mainstream zurückzudrängen. Was hat akzeptierende Jugendarbeit bewirkt und geleistet? Wie kann langfristig eine Dominanz des rechten Mainstream eingedämmt und wie kann sich eine demokratische, auf Selbstbestimmtheit und Selbstständigkeit beruhende Jugendkultur etablieren?**

## Jugendarbeit und Rechtsradikalismus

Rechtsradikalismus und Rassismus sind gesamtgesellschaftliche Probleme. Das wird oft betont, scheint es dabei jedoch, dass im gleichen Zuge die Dimension dieses Satzes offensichtlich nicht klar ist. Rechtsradikalismus ist kein von der Jugendarbeit produziertes und auch kein von der Jugendarbeit zu lösendes Problem. Daher ist es absurd, ein Jugendarbeitskonzept erfinden zu wollen oder nach diesem zu suchen, das diese "Krankheit" heilen soll. Denn Rechtsradikalismus ist keine Krankheit, von der Menschen unschuldigerweise befallen worden sind, so wie auch rechtsradikale Täter keine "verlorenen Schafe" sind, die zurückgeholt werden müssen. Rechtsradikale Einstellungen, Organisationen und Taten sind Resultat und Ausdruck einer politischen Ideologie, welche

Menschen auf Grund von rassistischen Kategorien wie Hautfarbe, Religion, Nationalität, Kultur verschiedene Eigenschaften zuordnet und auf Grundlage dieser Zuordnungen diskriminiert, ausgrenzt, verfolgt und ihnen Lebensberechtigungen abspricht, dabei autoritäre, hierarchische Organisationsformen proklamiert und individuelle, persönliche Bedürfnisse von Menschen der "führenden Gruppe" unterordnet. Es handelt sich hierbei also nicht um "Verfehlungen" sondern um ein klares rassistisches Menschenbild und die Umsetzung dessen. Dabei ist nicht gesagt, dass auch dem rechtsradikalen Täter Änderungsprozesse zugetraut werden können, etwa ein anderes Menschenbild anzunehmen und ein anderes Leben zu führen. Aber in der Diskussion um Rechtsradikalismus ist, wie auch der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) konstatiert, "eine Sozialpädagogisierung des Problems, eine Pädagogik des

Verstehens um jeden Preis, die Eigenverantwortlichkeit weitgehend ausklammert, ... hier fehl am Platz."

Wenn wir von Rechtsradikalismus reden, so meinen wir eine ganze Facette von Problemen, wie z.B. einen Mediendiskurs, der faschistische Propaganda reproduziert, wie rassistische Äußerungen von Spitzenpolitikern, die rassistische Stimmungen in der Bevölkerung verstärken. Standortdebatten rücken in den Mittelpunkt anstelle von Debatten um die Ursachen und möglichen Lösungsansätzen zur Verhinderung rassistischer Einstellungen und rechtsradikaler Organisationen. Diese Aufzählungen lassen sich weiterführen und in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen lassen sich Verantwortlichkeiten und Handlungsaufforderungen formulieren, um dieses gesamtgesellschaftliche Problem Rechtsradikalismus zu bekämpfen. Einer dieser Bereiche ist der der Jugendarbeit.

Jugendarbeit hat eine Verantwortung in dem gesamten gesellschaftlichen Feld der Auseinandersetzung und damit auch verschiedene Möglichkeiten und Notwendigkeiten, sich zu positionieren und zu handeln. In der Jugendarbeit werden neben der Schule und dem Elternhaus Werte vermittelt und Normen durchgesetzt. Gerade hier finden für Jugendliche oftmals die ersten

Versuche statt, sich in gesellschaftliche Prozesse einzubringen. Hier geschehen gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, die oftmals auch prägend sind für eine Sozialisation, aber auch für ein Klima oder einen Trend unter Jugendlichen einer Kommune. Damit sind die verschiedenen Handlungsbereiche umrissen:

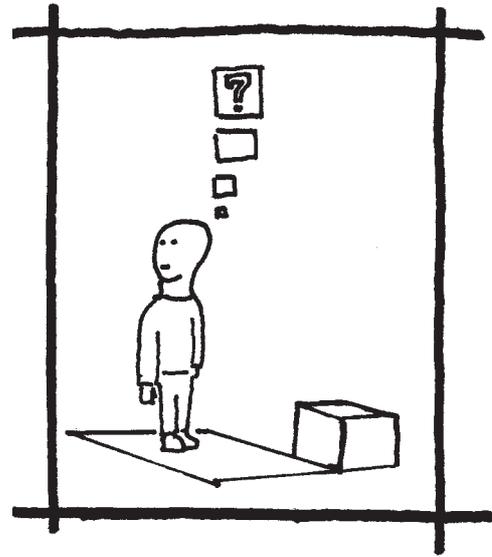
1. die individuelle Ebene der Wertevermittlung, die einem Jugendlichen wiederfährt, der/die in der Jugendarbeit "betreut" wird;
2. die jugendkulturelle Ebene - in dem in Jugendklubs und -zentren oftmals Trends gesetzt oder zumindest beeinflusst werden;
3. die Ebene der politischen Sozialisation, da Jugendklubs als außerschulische Institutionen oftmals der erste Ort sind, wo verschiedene eigene Interessen erkannt, ausgehandelt und umgesetzt werden.

Mitbestimmung und Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen kann in außerschulischen Jugendeinrichtungen geübt und praktiziert werden, wenn entsprechende Rahmenbedingungen das gestatten. In der Schule, wo die Leistungsanforderungen im Mittelpunkt stehen, geht es hauptsächlich um die Wissensvermittlung und -aneignung. Die Interessen der Schüler sind dabei dem Erziehungsauftrag der Schule untergeordnet. Es geht lediglich darum, dass eine bestimmte Anzahl von Schülern in einer bestimmten Zeit ein bestimmtes Wissen und bestimmte Fähigkeiten erworben haben soll. Neben der Schule und dem Elternhaus setzen sich Jugendliche vor allem innerhalb ihrer Freizeit untereinander auseinander. In einer Gesellschaft, die sich demokratisch nennt und die davon lebt, dass ihre Bürger sich verantwortlich fühlen und am gesellschaftlichen Leben aktiv teilnehmen sind also Orte unerlässlich, wo ein demokratisches und solidarisches Engagement und Verantwortungsbewusstsein vermittelt und gestärkt werden. Jugendarbeit

hat somit den Auftrag zur außerschulischen "Erziehung" zu demokratischen Werten und Normen. Orte, in der dieser Auftrag und diese Verantwortung umgesetzt werden, sind Jugendfreizeiteinrichtungen. Genaugenommen kann zu demokratischen Werten nicht erzogen, sondern nur sozialisiert werden. Eine Jugendarbeit kann in diesem Sinne nur Umgebungen schaffen, die zur Annahme von demokratischen Werten motivieren und Jugendarbeiter können Engagement fordern und unterstützen.

Dieser Exkurs scheint notwendig, wenn Jugendarbeit im Land Brandenburg betrachtet wird. So wird in vielen Kommunen Jugendarbeit als freiwillige Aufgabe in der Form begriffen, dass die kommunale Jugendförderung in der realen Umsetzung oft einer immensen Mangelfinanzierung gleich kommt. Auch scheint nicht klar zu sein, dass die Umsetzung eines Erziehungsauftrages mit Fachlichkeit verbunden ist, die weder Ehrenamt noch Arbeitsbeschaffungsmassnahmen leisten können. Ohne bessere Rahmenbedingungen wird die Jugendarbeit Brandenburgs immer mehr auf das Eigeninteresse, die Eigenverantwortung und das Eigenengagement von Jugendlichen hoffen müssen, ohne einen Einfluss darauf haben zu können, welche Interessen und welches Engagement sich dort organisiert - ob das nun demokratische oder neofaschistische sind. In einem Land, in dem es Jugendklubs gibt, die nur von rechtsradikalen Jugendlichen genutzt werden, sich zu organisieren, so wie auch Sportvereine von Rechtsradikalen inzwischen auch schon genutzt werden, um Zugang zu Räumlichkeiten oder um Ausbildungen in Kampfsportarten zu erhalten, trägt die Jugendpolitik des Landes, wie auch die der Kommunen eine wesentliche Mitschuld an der Etablierung eines sogenannten rechten Mainstreams unter Jugendlichen. Die Bezeichnung "Rechter Mainstream" beschreibt das Phänomen, was in vielen

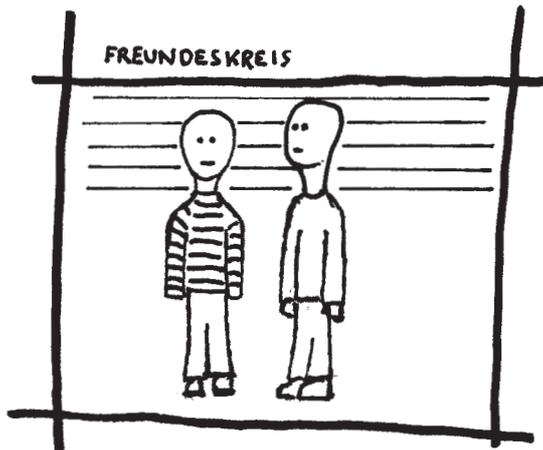
Brandenburger Kommunen zu beobachten ist: es ist "in" rechts zu sein - Neofaschismus ist zu einer Modeerscheinung geworden. Diese Mode hat den Effekt, dass andere Jugendkulturen kaum wahrnehmbar vorhanden sind. Gleichzeitig wächst der Anpassungsdruck für Jugendliche wie auch die gesellschaftliche Akzeptanz von rechtsradikalen Einstellungen.



#### **Akzeptierende Jugendarbeit - der Versuch, Rechtsradikalismus zu therapieren.**

Der Umgang, der in den letzten Jahren mit dem Thema Rechtsradikalismus gepflegt wurde zeigt ganz deutlich, wie gefährlich ein vorschnelles Übertragen von Konzepten der Jugendsozialarbeit ohne Berücksichtigung der Spezifik der jeweiligen Situation sein kann. Statt eine offensichtlich unterpräzentierte demokratische Jugendkultur zu fördern, wurden jahrelang alle Varianten der Akzeptierenden Jugendsozialarbeit ausprobiert: Ein Versuch die Täter zu reintegrieren, ein Versuch Rechtsradikalismus zu therapieren. Das der Versuch scheitern musste, liegt auf der Hand: die akzeptierende Sozialarbeit ist ein

Konzept, dass in den 70er Jahren entwickelt wurde, um einen Umgang mit offenen Drogenszenen und der damals erstmalig vermehrt eingesetzten Repression zu finden. Es sollte die Möglichkeit geschaffen werden, einen Zugang zu einem gesellschaftlich ausgegrenzten Klientel zu erhalten. Dafür wurde



ihr sogenanntes delinquentes Verhalten (Drogenkonsum) zunächst akzeptiert, um durch eine Stabilisierung und durch entsprechende Pädagogik sie "eines besseren zu belehren", ihnen "den Weg raus" zu zeigen, sie wieder "in die gesellschaftliche Mitte" zu holen.

Dieses Konzept aus der BRD der 70er/80er Jahre wurde in den Osten Deutschlands der 90er Jahre übertragen und Drogenabhängigkeit durch Rechtsradikalismus ersetzt. Die Unterschiede sind offensichtlich. Während Drogenabhängige wirklich eine isolierte Randgruppe darstellten, waren das Rechtsradikale im Osten Deutschlands nie gewesen. Während Drogenabhängigkeit noch als therapierbares Phänomen eingeordnet werden kann, ist das bei Rechtsradikalismus absolut nicht haltbar. Und schließlich: Während im Westen der BRD eine Struktur von Jugendeinrichtungen und ausgebildeten Fachkräften etabliert wurde, war das in den neuen Bundesländern nie der Fall. Leider wurden beim Übertragen der Akzeptierenden Jugendsozialarbeit

von West nach Ost diese wesentlichen Unterschiede übersehen, was in der Endkonsequenz eine fatale Verschlechterung der Situation brachte: Anfang der 90er gab es im Osten Deutschlands erschreckend viele rechtsradikale Organisationen gerade unter Jugendlichen; es gab erschreckend viele Übergriffe auf Menschen, die zu sozialen Minderheiten gehören; es gab Pogrome, Überfälle und Brandanschläge auf Jugendklubs, Wohnheime von Asylsuchenden etc.. Heute hat sich im Osten Deutschlands ein rechter Mainstream etabliert, eine rechtsradikale Jugendkultur sowie ein breiter gesellschaftlicher Konsens, der dies duldet und stillschweigend unterstützt. Weder die Zahl der Übergriffe auf Menschen aus sozialen Minderheiten hat sich minimiert, noch sind Brandanschläge und Übergriffe Rechtsradikaler auf öffentliche Einrichtungen aus den Zeitungsmeldungen verschwunden. Die Effekte sind erschreckend: die Rechtsradikalen wurden real integriert, wurden salonfähig gemacht und haben so noch leichter ihren Weg in die gesellschaftliche Mitte geschafft. Das soll nicht heißen, dass die Anwendung eines falschen Konzepts allein solche dramatische Folgen haben konnte, oder der Akzeptierenden Jugendarbeit im Umkehrschluss solche Wirkung zuzurechnen ist. Die Problemlösungsstrategien im Umgang mit Rechtsradikalismus anderer gesellschaftlich relevanter Akteure eröffneten ebenso nicht gerade Vorbilder oder zeigten einen differenzierteren Umgang mit dem Thema. Die Pogrome von Rostock, Mölln und Solingen als "Volkswille" zu interpretieren und daraufhin das Asylgesetz dramatisch einzuschränken, folgte der gleichen Logik: Rechtsradikale Gedanken und Wünsche ernst nehmen, sie zu akzeptieren und damit gesellschaftlich zu rehabilitieren.

Lessons learned? Welche Forderungen lassen sich auf den verschiedenen Handlungsebenen

für die Jugendarbeit im Umgang mit Rechtsradikalismus ableiten?

### Die individuelle Ebene der Wertevermittlung.

Um einem rechten Mainstream etwas entgegen setzen zu können, muss es ein klares demokratisch - antifaschistisches und nicht rassistisches Selbstverständnis der "erziehenden" Personen geben. Ohne dieses können selbstverständlich auch keine demokratischen antifaschistischen Werte vermittelt werden. Des Weiteren ist ein konzeptionelles Arbeiten einer jeden Jugendeinrichtung Voraussetzung, um Werte und Ideale zu vermitteln. Dies setzt wiederum eine fachliche Auseinandersetzung mit dem Wirken und den angewendeten Methoden und Angeboten der Einrichtung voraus. Leider sind solche Konzepte oftmals nicht vorhanden. So diffus und konzeptlos wie das Angebot und die Umsetzung in Jugendeinrichtungen oftmals ist, ebenso unbestimmt und unwahrscheinlich ist auch die Vermittlung von Werten und Handlungsmöglichkeiten, die sich gegenüber rechtsradikalen Einstellungen und Handlungen abgrenzen. Angesichts der Massivität rechtsradikaler Jugendkultur lässt sich inzwischen die berechtigte Forderung erheben, dass verantwortliche Personen der Jugendeinrichtungen wissen, was Rechtsradikalismus ist, wie er sich zeigt und welche jugendkulturellen Ausrichtungen darin oftmals zu finden sind. Das Erkennen von rechtsradikalen Symbolen gehört genauso dazu wie ein klares unmissverständliches Verhalten bei der Auseinandersetzung um solche Symbole. Das Tragen von rechtsradikalen Symbolen und das Abspielen von rechtsradikaler Musik hat mit Meinungsfreiheit nichts zu tun und ist auch nicht zu tolerieren. Beides gehört auch nicht in den öffentlichen Raum und erst recht nicht in eine Jugendeinrichtung. Wenn hier rechtsradikale Symbole, Liedtexte und Propagan-

da ungestört verbreitet werden können, so wird nicht die Akzeptanz des einzelnen Jugendlichen, sondern die Akzeptanz eines rechtsradikalen Menschenbildes vermittelt. Das ist in der Frage der Wertevermittlung an Jugendliche schlichtweg katastrophal.

### Die jugendkulturelle Ebene

Jugendzentren und -einrichtungen sind immer Orte, die einen Einfluss auf die örtliche jugendkulturelle Szene haben. Hier werden Trends gesetzt, etabliert oder beeinflusst - auf jeden Fall findet hier ein Aushandeln von Trends und Moden statt, zu denen neben Kleidung, Haarstyle und der dazugehörigen Sprache und Musik auch meistens bestimmte Identifikationen, Weltbilder und Ideale gehören. Diese verschiedenen Szenen und Trends sind unterschiedlich raumnehmend gegenüber anderen Trends. Das, was unter "rechtsradikaler Subkultur" oft zusammengefasst ist, bezeichnet die Jugendmode, die inzwischen in vielen Brandenburger Kommunen dominierend ist: die Musiktexte beinhalten menschenverachtende rechtsradikale Propaganda, die Kleidung ist sehr militärisch und oft mit rassistischen und menschenverachtenden Parolen bestückt. Das ganze Auftreten ist sehr martialisch und die Frisuren sind eher kurz. Zur Freizeitbeschäftigung gehört neben der Teilnahme an NPD Aufmärschen auch das Betonen der Gemeinschaft, in der man zusammenhält und in der sich gegenüber allem ab- und alle anderen ausgegrenzt wird, die nicht dazugehören. Mit inbegriffen ist dabei das Nicht-Dulden und Verdrängen von anderen Jugendlichen, die sich nicht dieser Ideologie unterordnen oder sich gar abgrenzend oder ablehnend positionieren. Neben einer rechtsradikalen Jugendkultur kann keine zweite existieren, die sich nicht dieser Ideologie unterordnet. Nur selten sind in einer Stadt, in der sich eine rechtsradika-

le sogenannte Jugendkultur etablierte, noch weitere Jugendkulturen zu finden, es sei denn, sie waren in der Lage, sich gegen die tätlichen Angriffe zur Wehr zu setzen und zu behaupten. Dies ist ein zweiter Grund, warum es in der Verantwortung von Leitern und Angestellten von Jugendeinrichtungen liegt, in Gruppen auftretenden rechtsradikalen Jugendlichen den Zutritt zu der Einrichtung zu verwehren. Auch wenn das Auftreten der rechtsradikalen Jugendlichen wenig politisch und wenig organisiert erscheint, so ist der Einfluss, den sie auf das kulturelle Klima im Jugendklub genauso wie auf das öffentliche Klima in der Stadt haben, verheerend: rassistische Sprüche werden "chic", ausgrenzendes Verhalten wird normal und rechtsradikale Denkmuster finden ihren Weg in die gesellschaftliche Mitte. Gleichzeitig sind alternative Jugendkulturen nicht mehr wahrnehmbar, so dass Alternativen immer isolierter bzw. weniger vorhanden sind. Am Ende erscheint es, als sei die Mehrzahl der Jugendlichen "rechts".

### Die Ebene der politischen Sozialisation

Wird diese Ebene der Betrachtung in den Mittelpunkt gestellt, so zeigt sich auch hier die Unvereinbarkeit von öffentlichen Einrichtungen in einer sich demokratisch nennenden Gesellschaft mit rechtsradikalem Klientel. Aushandlungsprozesse können nicht nach dem Prinzip "der Stärkere setzt sich durch" stattfinden, wie es in rechtsradikalen Gruppen passiert. Das geht an dem pluralistischen Gedanken, wie auch an dem Grundsatz des gleichen Rechts für alle Menschen, vorbei. Wenn Jugendliche in einem Jugendzentrum die Möglichkeit haben sollen, sich politisch zu sozialisieren, so müssen auch die dafür notwendigen Freiräume vorhanden sein. Diese sind nicht gegeben, wenn entweder rechtsradikale Jugendliche den Jugendklub domi-

nieren können, oder wenn es im Jugendklub kaum Entscheidungsmöglichkeiten gibt. Deshalb ist es notwendig, dass Jugendeinrichtungen ihre Verantwortung, aber auch ihre Chance in der politischen Sozialisation Jugendlicher wahrnehmen.

### Emanzipatorische / Partizipatorische Jugendarbeit - eine Frage der Perspektive, des Menschenbildes und des politischen Verständnisses von Rechtsradikalismus

Es gibt wahrscheinlich unzählige Konzepte der Jugendarbeit, die deshalb so verschieden sind, weil es unter den Fachkräften keinen Konsens über das Klientel, was angesprochen werden soll, wie auch über die Aufgaben und Ziele von Jugendarbeit gibt. Das mag zwar verwundern, aber es zeigt auch sehr deutlich, in welchen Spannungsfeldern sich Jugendarbeit bewegt. Wie oben bereits beschrieben, sind in Brandenburger Jugendeinrichtungen Fachkräfte genauso selten wie Konzepte, nach denen die Einrichtungen arbeiten. Diese konzeptionellen Lücken der Einrichtungen selbst werden oft gefüllt durch Erwartungshaltungen, die von kommunaler - oft geldgebender - Seite formuliert werden. Da wird die Jugendarbeit zu Hilfe gerufen und regelrecht in die Pflicht genommen, wenn jemand Drogen konsumiert, wenn es sogenannte "jugendliche Randale" gibt, wenn Rechtsradikale an den Schulen auftauchen, wenn in der Innenstadt zu viele Fahrräder gestohlen werden. Jugendarbeit wird hier zur "Sozialfeuerwehr" funktionalisiert. Dies folgt der Logik, dass Jugendarbeit, für die schließlich Geld ausgegeben wird, ja auch irgendwas "bringen" muss. Eine gesellschaftliche Verantwortung, Räume zu schaffen, in denen Jugendliche die Möglichkeit haben, sich zu mündigen Bürgern dieser Gesellschaft zu entwickeln, wird in dieser Argumentation völlig ausge-



**Auf einem Seminar der Bildungsoffensive**

blendet. Jugendzentren sind aus dieser Perspektive für Problemfälle da, die "von der Straße geholt werden müssen", damit sie unter Kontrolle sind, damit sie integriert werden können. Aus der gleichen Logik heraus wurden die unsäglichen Präventionskonzepte entwickelt, die eine Zusammenarbeit von Schule, Jugendarbeit und Polizei fordern, um eine eventuelle Kriminalität, die von Jugendlichen ausgehen könnte, einzudämmen. Dabei ist jeder Jugendliche, der/die in Jugendclubs eingebunden ist, anscheinend ein potentieller Delinquent. Jugend wird damit zum Problemfall und nicht zur Chance. Wenn sich diese Perspektive durchsetzt, so sind die in den 70er Jahren in der BRD erkämpften Freiräume wie selbstverwaltete Jugendzentren oder alternative Konzepte emanzipatorischer Jugendarbeit, passé. Jugendarbeit wird von Jugendsozialarbeit ersetzt.

Eine andere Perspektive, Jugend und damit auch Jugendarbeit zu begreifen, ist die der emanzipatorisch/ partizipatorischen Jugendarbeit. Hier ist der/die Jugendliche nicht der Problem- oder Sozialfall sondern ein/e gleichberechtigte/r Partner/in.

Jugendarbeit ist darin ebenso eine kommunale Aufgabe, fungiert

aber nicht als "Sozialfeuerwehr", sondern als Unterstützung, Chance oder Möglichkeit für Jugendliche, im Rahmen ihrer Entwicklung zu mündigen, verantwortungsbewussten und solidarischen Menschen. Jugend wird als Chance begriffen und Jugendarbeit muss unabhängig von Schule, Elternhaus und erst recht von Polizei begriffen werden. Denn innerhalb von Jugendarbeit kann es nicht darum gehen, den Jugendlichen möglichst schnell zu überführen, sondern möglichst gut zu unterstützen und auf seine /ihre Bedürfnisse einzugehen. Es ist Ziel, emanzipierte und an gesellschaftlichen Prozessen aktiv teilnehmende Menschen zu "erziehen", bzw. ihnen den Raum zu lassen, sich zu genau solchen Menschen zu entwickeln.

Im Umgang mit Rechtsradikalismus werden rechtsradikale Jugendliche ebenso wie andere Jugendliche als bewusst und absichtlich handelnde Personen ernst genommen. Aus dieser Perspektive heraus macht es keinen Sinn, sich um diese Täter mit sozialtherapeutischen Maßnahmen zu bemühen, da sie Täter und nicht Opfer der Situation sind. Es ist sinnvoll, die betroffenen Menschen und Menschengruppen (MigrantInnen, AusländerInnen, Behinderte, Obdachlose...) zu stärken und eine

gesellschaftliche Solidarisierung einzufordern. Denn oftmals wird vergessen, dass ein rassistischer Angriff nicht nur Ausdruck einer gesellschaftlich marginalisierten Position der Betroffenen ist, nicht nur körperliche und psychische Schäden mit sich bringt, sondern auch eine gesellschaftliche Stigmatisierung als "Opfer" und damit einhergehende zusätzliche Ausgrenzung bedeutet. Jugendarbeit muss die gesamtgesellschaftliche Dimension dieser Ausgrenzungsproblematik selbstverständlich aufgreifen und gleichzeitig jedes Engagement Jugendlicher unterstützen, das sich gegen Rassismus und Neofaschismus wendet. In einer Situation, in der sich Jugendliche als rechtsradikal definieren, gibt es offensichtlich einen Mangel an demokratischer Attraktivität. Daher muss eine demokratische Jugendkultur gestärkt werden, um Alternativen vom rechtsradikalen Mainstream wieder lebbar zu machen.

Ein Beispiel für Jugendarbeit nach diesem Konzept ist die Bildungsoffensive. Dieses Modellprojekt zur Unterstützung von Jugendgruppen und -initiativen ist ein Modellprojekt des Demokratischen JugendFORUM Brandenburgs (DJB e.V.).

Bildungsoffensive - die Förderung und Stärkung der Partizipation Jugendlicher an gesellschaftlichen Prozessen gegen Rechtsradikalismus und Rassismus

Ihr Konzept beruht auf der These, dass sich der rechte, rassistische Mainstream nur dann wirksam bekämpfen lässt, wenn in den Städten alternative Aktivitäten in Kultur und Politik sichtbar werden - also wenn selbstbestimmte Gruppen, alternative Kulturprojekte und Bildungsinitiativen vor Ort entstehen. Nur die Existenz selbstbestimmter Jugendgruppen und alternativer Kulturprojekte wird den rechten Mainstream dauerhaft in Frage stellen können.

Anders als in Großstädten, in denen es eine lange Geschichte von Bürgerinitiativen und selbstverwalteten Kulturprojekten gibt, haben die Jugendgruppen in den Brandenburger Kleinstädten oft wenig Bezugspunkte, auf die sie bei ihrer Arbeit zurückgreifen können. Das liegt zum einen daran, dass es so genannte "zivilgesellschaftliche Akteure" in kleineren Orten meist schwerer haben; zum anderen, dass in der DDR selbstbestimmte Gruppen von unten nur geringe Spielräume besaßen und die Jugendlichen deshalb nicht einfach an bestehende Projekte anknüpfen können.

Das Ziel der Bildungsoffensive ist es deshalb, die Jugendlichen beim Aufbau eigener politisch - kultureller Projekte und Initiativen (z. B. ein Jugendzentrum, regelmäßig stattfindende Konzerte, eine Kinoreihe, Bildungsveranstaltungen usw.) zu unterstützen. Sie vermitteln know how, was Finanzierung und Verwaltung solcher Projekte betrifft, stellen Kontakte zu Fachkräften und anderen Projekten her, organisieren Bildungsseminare, in denen auch über die inhaltliche Ausrichtung der Projekte mit den Jugendlichen gesprochen wird und fördern die Vernetzung von Brandenburger Initiativen untereinander. Die Bildungsoffensive will mit dieser Arbeit auch Werte vermitteln: Jugendliche sollen die Möglichkeit bekommen, eigene Erfahrungen mit Selbstbestimmung, Eigenverantwortlichkeit, Demokratie und sozialer Verantwortung in Gruppen zu machen. Sie sollen das Verhältnis zwischen Jungen und Mädchen kritisch reflektieren, an der eigenen Persönlichkeitsentwicklung arbeiten und einen solidarisches Umgang untereinander erlernen. Und natürlich: im Alltag Zivilcourage übernehmen, sich für Schwächere engagieren und ein tolerantes, kritisches Bewusstsein entwickeln. Kurzum: Ziel ist, dass aus den Jugendlichen mündige, aufmerksame, vielleicht auch "unangenehme" Bürger werden, die

sich dem Prinzip menschlicher Solidarität verpflichtet fühlen.

Die Bildungsoffensive ist ein kleines Team, das je nach Aufgabenstellung flexibel und themenbezogen erweitert wird. Im Umgang mit den Jugendlichen wird entsprechend dem emanzipatorisch- partizipatorischem Ansatz versucht, eine gleichberechtigte Beraterrolle auszufüllen. Für diese Art von Arbeit ist ein kontinuierlicher, vertrauensvoller Kontakt mit den Gruppen notwendig.

Konzeptionell werden zwei Schwerpunkte fokussiert. Einerseits gruppenbezogene Unterstützungen und Begleitungen einzelner Initiativen vor Ort und andererseits themenspezifische Projekte, auf Vernetzung und Austausch der Initiativen zielende Veranstaltungen, Seminare und Beratungstreffen. Bei beiden Schwerpunkten stehen die Stärkung eigener Ressourcen und die Vernetzung der einzelnen Initiativen untereinander im Mittelpunkt. Eine wirkliche Unterstützung von Initiativen kann nur die Stärkung eigener Ressourcen sein, die sich als Hilfe zur Selbsthilfe multipliziert. D.h. Jugendinitiativen wissen um die Erfahrungen anderer Initiativen und sind vernetzt in der Lage diese auszutauschen und zu vermitteln. Eigene Handlungsfähigkeit entsteht, indem die Jugendlichen selbst auf Fachkräfte oder Ressourcen zugehen und sie in Anspruch nehmen.

Im Jahr 2000 und 2001 hat die Bildungsoffensive an Dutzenden von Basisprojekten in 14 Städten im Land Brandenburg unterstützend mitgewirkt. Stärkung und Ausschöpfung der eigenen Ressourcen einzelner Jugendgruppen wurden durch kontinuierliche Beratungsgespräche der MitarbeiterInnen gewährleistet und gefördert. Sei es beim Erlangen von Selbstsicherheit im Umgang mit kommunalen Trägern, das Auftreten für eigenen Interessen in der Öffentlichkeit, wie z.B. eigene

Treff- und Veranstaltungsräume einzufordern oder inhaltliche Auseinandersetzungen mit gesellschaftsrelevanten und jugendspezifischen Themen innerhalb der Kommune anzuschieben.

Insgesamt zeigte sich, dass mit diesem Ansatz der Unterstützungsarbeit viele Jugendgruppen in ihrem Handeln ge- und bestärkt werden konnten, so dass sie sich zu ernstgenommenen Akteuren in ihren Kommunen entwickelten. Ein Interesse an Eigenengagement muss bei Jugendlichen nicht geweckt werden, es bedarf lediglich einer kleinen Chance, sich zu entfalten.

Eine Forderung an die Kommunen, sich demokratischen Jugendinitiativen mit mehr Offenheit und realer, praktischer Unterstützung zuzuwenden, wie auch eine Forderung an die Jugendpolitik mehr Möglichkeiten und Räume - reell wie finanziell - zur Unterstützung solchen Engagements zu schaffen, lassen sich ableiten.

### **Bildungsoffensive Mai 2001**



# Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt

## Arbeitsweise der Beratungsstelle

■ In der Beratungsstelle sind derzeit fünf Mitglieder ehrenamtlich tätig. Wir arbeiten unter dem Dach des Vereins Utopia e.V. und sind im Netzwerk für Opfer rechter Gewalt organisiert. Die Schwerpunkte unserer Arbeit liegen in Frankfurt (Oder) und Eishüttenstadt, wo wir seit ca. einem Jahr aktiv sind. Hier betreuen wir zur Zeit fünf Einzelfälle.

Jede/r, die/der nicht in das Denkschema der rechtsextrem bzw. rassistisch motivierten Täter/Innen passt, kann von rechtsextremer Gewalt betroffen sein. Hauptsächlich sind es aber Menschen mit anderer Herkunft bzw. anderer Hautfarbe, Jugendliche bestimmter Subkulturen (Punks, Alternative), Obdachlose, Behinderte, Schwule und Lesben, die Opfer solcher Gewalt werden.

## Grundsätzlich gliedert sich unser Tätigkeitsfeld in folgende drei Bereiche:

- Beratung und Betreuung des Einzelfalles
- Öffentlichkeitsarbeit

· Arbeit im Umfeld der Opfer

## Warum Opferberatung?

Nach einer Pressemitteilung des Brandenburgischen Innenministeriums ist die Zahl rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Straftaten im Jahr 2000 um 26,7 % gestiegen. Die Zahl der entsprechenden Gewalttaten wird dabei auf 86 beziffert, 1999 betrug sie 71.

Die tatsächliche Zahl rechtsextremer Angriffe muss dabei weit höher geschätzt werden. Einschlägige Studien gehen von einem Dunkelfeld aus, das bis zu 90% der Straftaten umfassen soll. Ein Großteil der Angriffe kommt dabei vor allem aus Angst und aus mangelndem Vertrauen in Polizei und Justiz nicht zur Anzeige.

Darüber hinaus ist die Erfassung als rechtsextreme Straftat sehr stark von der Begriffsdefinition "rechtsextremistisch", "fremdenfeindlich" oder "antisemitisch" abhängig. Klassische Kriterien für politische Straftaten versagen in diesem Zusammenhang. Wie sonst ist es zu erklären, dass die Polizei zum Beispiel in Eishüttenstadt

davon ausgeht, dass es dort - trotz entsprechender Anzeigen - keinerlei rechtsextreme Gewalttaten gäbe.

Die Täter/Innen sind meist männliche Jugendliche, die rechtsextremen Cliques angehören. Möglich werden solche Angriffe aber erst in einem gesellschaftlichen Klima, das von Rassismus und völkischem Nationalismus geprägt ist. Ein Klima, in dem Menschen wegschauen oder sich gar selbst an rassistischen Pöbeleien beteiligen. Obwohl inzwischen allorts der "Aufstand der Anständigen" gefordert wird, ist es nach wie vor die Mitte der Gesellschaft, aus der der Rassismus kommt. So verwundert es nicht, wenn sich rechtsextreme Gewalttäter/Innen als Vollstrecker des Volksempfindens fühlen.

Die Angriffe treffen aber nicht nur ihre individuellen Opfer. Gemeint sind alle, die in das Feindbild der Rechtsextremen passen. Flüchtlinge, alternative und linke Jugendliche, Behinderte, Obdachlose, Schwule und Lesben. Werden diesen Angriffen keine Reaktionen entgegengesetzt, greift Angst um sich, die Betroffenen sind eingeschüchtert, gefährliche Orte

werden gemieden. Sie verstehen sehr genau, dass der Angriff nicht ihnen persönlich gilt. Die Einzelnen werden stellvertretend für alle die angegriffen, die sich dem rechten Konsens nicht beugen wollen. Das Gefühl der Bedrohung verbreitet sich schnell. Wer keinen Ärger will, passt sich an. Organisierten Rechtsextremen kommt eine solche Entwicklung entgegen.

Ausländer/Innen haben im Regelfall rassistische Diskriminierungen im Alltag erfahren und sind ohnehin eingeschüchtert. Ihre Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren, sind durch strukturelle Benachteiligungen, wie bspw. die Residenzpflicht, Arbeitsverbote und die Verweigerung demokratischer Teilhaberechte beschränkt.

Die Gewalttaten beinhalten die Aufforderung an die Opfer, sich im Sinne der Täter/Innen zu verhalten. Den Betroffenen soll klar gemacht werden, dass sie gegen die Täter/Innen keine Chance haben, weil sie von niemandem unterstützt werden.

Diese Strategie hat aber nur Erfolg, weil so viele passiv bleiben und weg sehen. Sie wird durch fehlende Solidarität vor, während und nach der Tat bestätigt. Dies hat auch seine Auswirkungen auf die Täter/Innen, in dem sie in ihrer Vorstellung von der Zustimmung der Bevölkerung bestätigt werden.

Darüber hinaus wird durch Gleichgültigkeit und Mangel an Solidarität der Eindruck erweckt, dass die Gesellschaft Angst vor den rechten Schläger/Innen hat. Sie implizieren Unangreifbarkeit. Dieses Bild wird verstärkt, wenn seitens der Kommunalpolitik oder Polizei Gesprächsangebote an Rechtsextreme gemacht werden.

Das so entstehende Bild von Unangreifbarkeit und Stärke wirkt auch attraktiv auf andere Jugendliche. Der "Erfolg" schafft rechtsextremen Cliquen Zulauf und fördert einen rechten Mainstream.

Mit gesellschaftlicher Ächtung müssen die Täter/Innen nun nicht mehr rechnen.

Für die Opfer sind Entsolidarisierung und Gleichgültigkeit nach der Tat gleichbedeutend mit einer zweiten Verletzung. Sie empfinden dies als Zustimmung zu den rechts-extremistischen Täter/Innen.

Genau an diesem Punkt setzt die Arbeit der Beratungsstelle an. Durch ein Eingreifen in Form von konkreter Hilfe für Opfer rechter Gewalt soll den Entsolidarisierungsprozessen etwas entgegengesetzt werden. Wir wollen die Betroffenen dabei unterstützen, aus ihrer passiven Rolle als Opfer herauszukommen.

### Die Einzelfallarbeit

In den allerwenigsten Fällen kommen die Betroffenen zu uns. Unsere Arbeit ist deshalb als aufsuchende Arbeit konzipiert. Der Kontakt zu den Opfern wird daher in aller Regel durch uns hergestellt oder durch Dritte vermittelt.

Ist der Kontakt hergestellt, dient ein erstes Gespräch dazu, dem/der Betroffenen deutlich zu machen, welche Möglichkeiten sie/er hat, aber auch klarzustellen, welche Ressourcen der Hilfe unsere Beratung hat. Zudem ist es sehr wichtig, ein Vertrauensverhältnis zu schaffen, denn oft ist es so, dass die/der Betroffene (in der Beratungsstelle) in aller Ruhe über den Angriff und seine Folgen berichten kann.

Die/der Betroffene entscheidet, welche Maßnahmen als nächstes eingeleitet werden sollen.

Wir legen den Betroffenen eines rechtsextremistisch oder rassistisch motivierten Angriffs nahe, bei der Polizei Strafanzeige zu erstatten und einen Strafantrag zu stellen, sofern sie dies nicht schon selbst getan haben. Es kommt recht häufig vor, dass die Betroffenen noch keine Strafanzeige gestellt haben. Dies geschieht meist aus Angst vor Racheakten der Täter aber auch aus

mangelndem Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden. Aus unserer Praxis lässt sich jedoch sagen, dass solche Racheaktionen eine seltene Ausnahme sind.

Wenn es bei der Attacke zu körperlichen Verletzungen gekommen ist, raten wir dem/der Betroffenen ein ärztliches Attest über die Verletzungen und mögliche Folgeschäden einzuholen.

Wenn der/die Täter/In ermittelt wurde, kann es zum Prozess kommen und dann wird der/die Betroffene als Zeuge geladen. Es gibt wenige Menschen, die in dieser Situation wissen was auf sie zukommt, weil viele noch nie Zeuge waren. Hier ist eine gute Beratung und Begleitung also besonders wichtig. Wir beschreiben dem/der Betroffenen den Ablauf eines Gerichtsprozesses und seine/ihre Rolle als Zeuge. Fallspezifisch wird dem/der Betroffenen geraten, einen Anwalt zu nehmen.

Nur bei bestimmten Straftaten hat das Opfer das Recht als Nebenkläger aufzutreten. Die Möglichkeit der Nebenklage ist ein wichtiges Instrument, um während des Strafverfahrens eine aktive Rolle einzunehmen. Das Opfer bzw. sein/e Rechtsanwalt/In erhalten Akteneinsicht und können während der Gerichtsverhandlung eigene Interessen deutlich machen. Oft gelingt es erst durch die Nebenklagevertreter, die Aufmerksamkeit des Gerichts verstärkt auf den rechtsextremistischen Hintergrund der Tat zu lenken.

Wir begleiten den/die Betroffene/n während des Prozesses, denn oft ist es das erste Mal nach der Tat, dass er/sie der/dem Täter/in gegenüber steht. Wir begleiten den Prozess bis zur Urteilsverkündung und informieren die Öffentlichkeit über Verlauf und Ausgang des Prozesses.

Von Zeit zu Zeit kommt es auch vor, dass wir ausschließlich die Prozessbeobachtung und -begleitung

vornehmen. Hierbei handelt es sich um Fälle, die in anderen Städten von den dortigen Opferberatungsstellen betreut, aber vor dem Frankfurter Landgericht verhandelt werden. So haben wir den sogenannten "Wriezener Zeckenjagd-

### **Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt**

**BORG-Frankfurt (Oder)**

c/o Utopia e.V.

**Berliner Str. 24**

**15230 Frankfurt (Oder)**

**Tel.: (0179) 86 211 59**

**Fax: (0335) 665 99 94**

**e-mail: borg-ffo@gmx.net**

Prozess" und das Verfahren um den Tod eines Eberswalder Punks beobachtet und die Öffentlichkeit darüber informiert.

Nach einem Angriff können bei den Opfern sogenannte Posttraumatische Belastungsstörungen auftreten. Dann können wir sie bei der Suche nach psychotherapeutischer Hilfe unterstützen. Bisher ist in unserer Praxis ein solch schwerer Fall glücklicherweise noch nicht aufgetreten.

Es kommt auch vor, dass sich die Opfer weiter von den Täter/Innen bedroht fühlen. Dann kann es, wie im Falle von Flüchtlingen, besser sein, den Wohnort zu wechseln. Unsere Beratungsstelle setzt sich dafür ein, dass die Ausländerbehörden eine solche Verlegung genehmigen.

#### **Öffentlichkeitsarbeit**

Die Öffentlichkeitsarbeit ist ein wichtiger Bestandteil der Beratungsstelle, denn in den Medien, der Politik und der Sozialarbeit gilt die Aufmerksamkeit meist den Täter/Innen und ihrer schlechten sozialen Situation, kaum aber den Betroffenen einer rechtsextremistisch oder rassistisch motivierten Tat. Vor allem bei rassistisch motivierten Straftaten wird auf

Prävention und Strafverfolgung großen Wert gelegt - beides unbedingt notwendige Aspekte. Die Opfer jedoch sind auf sich allein gestellt.

Es bleibt unbemerkt, wie stark die Tat die Opfer aus ihrem Alltag herausreißt. Öffentlichkeitsarbeit ist daher ein wichtiges Instrument, um das Schweigen und die Isolierung von Opfern zu durchbrechen und damit zu einem sozialen Klima beizutragen, in dem sich alle frei und ohne Angst bewegen können.

#### **Arbeit im Umfeld der Opfer**

Zu einem wichtigem Punkt unserer Arbeit gehört auch die Frage, wie das Umfeld (die Clique, Freund/Innen im Jugendclub etc.) des Opfer unterstützt werden kann. Insbesondere in Eishüttenstadt haben wir die Erfahrung gemacht, dass Erfahrungen mit rechter Gewalt bzw. die Angst vor solchen Angriffen beinahe zum Alltag in bestimmten Kreisen von Jugendlichen gehört. Gleichzeitig wissen die Betroffenen oft nicht, wie solche Probleme öffentlich gemacht werden können bzw. wo Unterstützung gesucht werden kann. Hier versuchen wir Vorschläge zu machen und vermittelnd tätig zu werden.

#### **Unsere Arbeit in Eishüttenstadt**

In Eishüttenstadt betreuen wir derzeit vier Fälle. Die Betroffenen sind ausschließlich alternative Jugendliche. Bis auf einen Fall, stammen die Betroffenen aus dem Jugendclub "JUBS". Dort sind wir auf eine Situation gestoßen, in der rechte Gewalt bzw. die Angst vor solchen Angriffen fast alltäglich sind. Viele der Jugendlichen sind in den vergangenen Jahren selbst Opfer rechter Angriffe geworden oder kennen derartige Vorfälle von ihren Freund/Innen.

In einer ganzen Reihe der Fälle wurde keine Strafanzeigen erstattet, was oft aus Angst vor Racheaktionen unterbleibt oder weil das Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden fehlt. Aus unserer Sicht droht hier eine Situation zu entstehen, in der die Täter durch fehlende strafrechtliche und öffentliche Reaktionen zu neuen Angriffen motiviert werden.

Die Opfer und ihr Umfeld verstehen hingegen ganz genau, dass mit einem Angriff nicht die/der Einzelne, sondern alle gemeint sind und getroffen werden sollen. Es droht sich also ein Kreislauf von Gewalt, fehlenden Reaktionen und neuer Gewalt zu bilden, der nicht so ohne weiteres durchbrochen werden kann.

Gerade deshalb ist es aus unserer Sicht besonders wichtig, an exemplarischen Einzelfällen zu zeigen, dass die Erstattung von Strafanzeigen sinnvoll und erfolgversprechend ist. Leider wird dieses Ziel durch langwierige und oft schwierige Ermittlungsverfahren torpediert.

Verschärfend kommt noch hinzu, dass das Thema Rechtsextremismus und die mit ihm verbundene Gewalt in Eishüttenstadt zuletzt kaum öffentlichem Interesse begegnet ist. Auch die örtliche Politik scheut sich, dieses Thema öffentlich zu behandeln. Wie aber soll zivilgesellschaftlicher Widerstand, der landauf, landab gefordert wird, organisiert werden, wenn das Problem nur im kleinen Kreis oder überhaupt nicht diskutiert wird?

#### **Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt (Dez. 2001)**

Ein Denkkzettel für Eisenhüttenstadt vom

# Flüchtlingsrat Brandenburg

## ■ "Eisenhüttenstadt - kein Platz für Rassismus"

- begrüßt das Ortsschild die Ankommenden. Positive Beispiel wie das Unternehmen EKO-Stahl, das sich öffentlich gegen Rassismus stellt und antirassistischen Tendenzen ihrer Azubis und MitarbeiterInnen nicht duldet, scheinen dem Ortsschild recht zu geben.

Doch der Flüchtlingsrat Brandenburg (FR) hat leider ganz andere Erfahrungen mit dem Thema Rassismus in Eisenhüttenstadt machen dürfen.

### Gehen wir drei Jahre zurück, März 1999

*"Eisenhüttenstadt liegt 25 km südlich von Frankfurt /Oder, ca. 30 km nördlich von Guben (...) Frankfurt/Oder und Guben haben nach Polen Übergänge über die Grenzflüsse Oder und Neisse, Eisenhüttenstadt nicht. Diese ist in Bezug auf unerwünschte Besucher aus dem Nachbarland einerseits eine Erleichterung, andererseits auch eine Erschwerung. Eine Erleichterung insoweit, als die Anzahl legal eingereister Straftäter nicht so hoch ist, wie in den beiden Nachbarstädten, eine Erschwerung jedoch insoweit, als sie unkontrollierbar kommen, nachts in Schlauchbooten über die Oder (...)"* So Amtsgerichtsdirektor Ruppert aus Eisenhüttenstadt in seinem Bericht "Ausländer im beschleunigten Verfahren - Beispiel Eisenhüttenstadt. **"Der Schnellrichter von Eisenhüttenstadt - Dr. Werner Ruppert"**, ausgezeichnet mit dem Denkkzettel des Flüchtlingsrats Brandenburg für systeminternen und strukturellen Rassismus 1999.

Der FR wurde auf den Richter aufmerksam, da er immer wieder

Flüchtlinge in Schnellverfahren in die Abschiebehafte brachte. Ein eklatantes Beispiel dafür ist der Haftbefehl gegen einen jungen Mann aus Sierra Leone. In dem Beschluss des AG Eisenhüttenstadt, von Ruppert unterschrieben, heißt es: *"Nach allem besteht der begründete Verdacht, dass es sich hier um einen abgelehnten Asylbewerber handelt, der sich der Abschiebung überhaupt entziehen will."* Herr I.S.J. ist schwerbehindert und konnte sich zu diesem Zeitpunkt nur unter äußerster Anstrengung an Krücken fortbewegen. Dennoch musste er auf Richter Rupperts Initiative in die Abschiebehafte. Erst durch Beschluss des Landgerichts Frankfurt (O.) in nächster Instanz wurde er freigelassen. Fragte man den Richter zu einem Fall, bekam man schon mal die Antwort, dass sei doch *"der Asylant, den ich eingelocht habe"* (in einem Telefonat 1998). Anfang 1999 strahlte der ORB eine Reportage über Richter Dr. Werner Ruppert aus, spätestens hier bot sich dem FR "Nahrung" für seinen jedes Jahr zum Antirassismustag am 21.März zu verleihenden **Denkkzettel**:

*"Die [Asylsuchenden] sind entsprechend geschult, was sie zu sagen haben (...) Diese Pseudo-Asylbewerber, die bekommen entsprechende Schulungen, wir kennen die Ausreden von diesen Leuten. (...) Ich habe von denen, die mir vorgestellt wurden, noch nie, aber nicht in einem einzigen Fall den Eindruck gehabt, dass der verfolgt war (...) Ich halte von Multi-Kulti überhaupt nichts, ich bin nämlich der Meinung, es gibt Kulturen, und in dem Moment, wo man diese Kulturen vermischt, ist das genau so, als würden Sie verschiedenen edle Weinsorten vermischen. Was da rauskommt, dass weiß jeder."* Doch nicht nur Richter Ruppert wollte 1999 gerne noch "einen

Zacken anziehen" (aus dem Beitrag des ORB) am Strafmaß, sei es für AusländerInnen oder deutsche Kleinkriminelle. So äußert sich auch der Leiter des "Marktkauf": *"In Eisenhüttenstadt herrscht Sodom und Gomorra: Polen an der Grenze, das Asylantenauffanglager, und da passiert natürlich um einiges mehr, was die Kriminalität angeht, da muss ich sagen, da ist der Dr. Ruppert genau der richtige Mann"* (aus dem Beitrag des ORB). Diese "Bravorufe" gehen, wie man an der Aussage des Marktkaufleiters unschwer erkennen kann, klar zu Lasten der AusländerInnen und Flüchtlinge, die die größte Gefahr in Eisenhüttenstadt darzustellen scheinen. Das "schnelle Richten" und die Begeisterung in Teilen der Bevölkerung nährt schnell eine rassistische Grundhaltung. Es wird nicht mehr nachgefragt, warum die Statistik der angeblichen Ausländerkriminalität so hoch ist - Richter Ruppert verurteilt, meist landen die Betroffenen in der Abschiebehafte. Ihr Vergehen: sie sind nach Deutschland geflohen, wollten sich hier in Sicherheit bringen. Dummerweise hatten sie grade kein Visum dabei. Straftat. Eine Stadt ohne Rassismus müsste auch gegen einen solchen Richter vorgehen, wenn sie sich denn so nennen will. Einige haben es versucht, so wie auch der FR, doch sie sind bisher gescheitert.

Den **Denkkzettel** wollte der Richter im März 1999 nicht entgegennehmen, sprechen ließ er sich auch nicht, aber ein Fax hat er geschickt:

*"Da ich Orden, Ehrentitel u.a. Ehrbezeugungen grundsätzlich ablehne, werde ich auch dieses Mal keine Ausnahme machen. Ich erwarte eine größere Delegation aus Berlin mit örtlichen Sympathisanten, sekundiert von*

*einer bestimmten Presse, der es auf ein Spektakel ankommt. (...) Bei dem "Flüchtlingsrat" handelt es sich um eine der Organisationen, die ich in dem gefälschten ORB-Bericht angesprochen hatte."* (18.3.1999)

### **Eisenhüttenstadt - Kein Platz für Rassismus?**

Aus flüchtlingspolitischer Sicht ist Eisenhüttenstadt eher ein dunkler Fleck. Nicht nur Richter Ruppert macht den Flüchtlingen das Leben schwer, in Eisenhüttenstadt befindet sich auch die Erstaufnahmeeinrichtung und die Abschiebehaft für Flüchtlinge. Zudem liegt die Stadt in der Grenzzone, was durch die starke Präsenz des BGS nicht zu übersehen ist. Dies wird schon sichtbar bei der Ankunft am Bahnhof. Für Menschen anderen Aussehens sowie ihrer BegleiterInnen gehören Kontrollen durch den BGS zur Tagesordnung.

Jede und Jeder, die oder der nur ein bisschen "nicht-deutsch" aussieht, muss damit rechnen, beobachtet, angehalten, ausgehört und nach dem Ausweis gefragt zu werden.

Diese unangenehmen Kontrollen sind Alltag in Eisenhüttenstadt, bedienen rassistische Vorurteile und passen so gar nicht zu einer Stadt, die vorgibt, Rassismus überwinden zu wollen.

Verlassen wir den Bahnhof und die Innenstadt, finden wir nach ca. 45 Minuten Fußweg am Rande gelegen die sog. ZAST - die Zentrale Aufnahmestelle für asylsuchende Flüchtlinge. Jedes Bundesland verfügt über eine solche Erstaufnahmeeinrichtung, Asylsuchende sind per Gesetz verpflichtet, die ersten drei Monate in einer solchen Aufnahmestelle zu wohnen. Von "Aufnahme" ist allerdings nicht viel zu sehen oder zu spüren. Vor uns liegt ein unfreundliches, stacheldrahtumzäuntes Gelände, von dem der Eindruck ausgeht, als seien hier Menschen

untergebracht, die bewacht und eingesperrt werden müssen und nicht Flüchtlinge, die aufgrund extremer Notlagen ihr Land verlassen mussten. Dieser Eindruck wird verstärkt, wenn man erfährt, dass die "Sozialbetreuung" der Flüchtlinge seit eineinhalb Jahren von der Sicherheitsfirma B.O.S.S. ausgeübt wird.

Einzigartig in Deutschland liegen Erstaufnahmeeinrichtung und Abschiebehaft auf einem Gelände. Ca. 60% aller Abschiebungen von Asylsuchenden erfolgen direkt von der ZAST in Eisenhüttenstadt. Angekommen - Aufgenommen - und schon wieder abgeschoben: Vollkommen auf sich gestellt, der deutschen Sprache nicht mächtig und (bisher) ohne jegliche unabhängige Asylverfahrensberatung kommt es immer wieder zu Überführungen in die Abschiebehaft oder zur sofortigen Rückschiebung ins Nachbarland Polen.

Ganz offensichtlich ist zivilgesellschaftliches Engagement für die Rechte von Flüchtlingen auf diesem Gelände unerwünscht, wie folgendes Beispiel zeigt:

Eine von Jugendgruppen und dem Flüchtlingsrat verfasste mehrsprachige Informationstafel, die Flüchtlingen bei ihrer ersten Orientierung behilflich sein sollte, wurde nach anfänglicher Zusage vom Innenministerium verboten. Als ebenso schwierig erwies sich bisher ein Beratungsbesuch bei Flüchtlingen in der Abschiebehaft. Unabhängige Menschenrechtsorganisationen ist es oftmals unmöglich, rechtzeitig zu intervenieren. RechtsanwältInnen mussten erfahren, dass sie nur unter erschwerten Bedingungen Zugang zur Abschiebehaft bekommen. Immer wieder finden in der Abschiebehaft zum Teil wochenlange Hungerstreiks statt - unbemerkt von jeder Öffentlichkeit. In Eisenhüttenstadt interessieren sich nur sehr wenige Menschen dafür, was hinter diesen Mauern passiert. Aus Protest gegen die Abschiebehaft hatte z.B. D.A.

im August 2000 einen Hungerstreik begonnen. Er war im Oktober 1999 vor der Einberufung zum Militärdienst nach Deutschland geflohen. 38 Hungerstreiktage waren notwendig, bis die Behörden in Eisenhüttenstadt reagierten und D.A. aus der Haft entlassen mussten. Zuvor hatten die Verantwortlichen perfide Wege beschritten, um den Willen von Herrn A. zu brechen und ihn von der Fortsetzung seines Streiks abzubringen. Als Herr A. unter schweren Kreislaufproblemen besinnungslos zusammenbrach, veranlasste der Arzt Dr. H. Gläser in Zusammenarbeit mit der Anstaltsleitung die Einweisung in die geschlossene Abteilung der Psychiatrie im Klinikum Frankfurt (O.). Die dort behandelnden Ärzte kamen zu dem Schluss, er sei seelisch völlig gesund, und dass keinerlei Indikation für die Einlieferung in die Psychiatrie vorliege. Die Einweisung in eine psychiatrische Abteilung macht deutlich, dass es den Behörden nicht darum ging, Herrn A. aufgrund seiner inzwischen vorhandenen körperlichen Leiden zu behandeln, sondern seinen Widerstand mit allen Mitteln zu brechen. Und sei es mit einer Zwangseinweisung in die Psychiatrie.

Damit Eisenhüttenstadt tatsächlich keinen Platz für Rassismus bietet, braucht die Stadt mehr Initiative von Menschen, denen daran gelegen ist, das unfreundliche Klima zu verändern. Doch diese Initiative kann nur erwachsen, wenn man bereit ist, die gegebene Multikulturalität nicht wegzuschließen, sondern sie zu leben; wenn Menschen, die Fremdenhass und Fremdenangst schüren, endlich Einhalt geboten wird, und wenn das positive Engagement einiger EisenhüttenstädterInnen gestärkt und unterstützt wird.

Der Autor lebt in Angermünde und arbeitet als Lehrer. Er war mehrer Jahre als Mitarbeiter der Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen Jugendarbeit und Schule Brandenburg e.V (RAA) tätig.



Ostdeutsche Kommunen und Rechtsextremismus

# Teil des Problems oder Quelle von Gegenstrategien?

von Holger Zschoge

■ Wie viel der aktuellen Diskussion zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist eigentlich in den ostdeutschen Kommunen angekommen? Aus jahrelangen Erfahrungen und dem Wissen um die Situation vor Ort habe ich meine Zweifel, dass wir zur Zeit eine grundlegende Veränderung des Umgangs mit diesem Thema erleben. An den kommunalen Entscheidungsträgern, den gesellschaftlichen Institutionen, Medien und der Mehrzahl der Menschen vor Ort sind die Auseinandersetzungen der letzten Monate weitgehend spurlos vorübergegangen. Viele nehmen sie eher als westdeutsch geprägte und von Medien und Parteien aufgesetzte Diskussion wahr. Damit setzt sich das fort, was ich seit Jahren so erlebe. Die Hegemonie rechtsextremer Werteorientierungen, zum Teil auch solcher Strukturen wird als Normalität und nicht als Gefahr begriffen. Dementsprechend ist die Thematisierung von Rechtsextremismus in einer konkreten Region das Problem und nicht der Zustand. Bestenfalls wird ein Imageproblem konstatiert. Dort, wo in den vergangenen Jahren tatsächlich andere Wege gegangen und Strategien gegen Rechtsextremismus entwickelt worden, hat die neue Situation nur selten zu einer neuen Qualität des Engagements geführt.

Vielmehr wird sich dort gefragt, was denn bloß alle haben, denn bei ihnen ist doch so viel passiert in den letzten Jahren.

Wenn ich also versuchen will, kommunale Strategien gegen Rechtsextremismus zur Diskussion zu stellen, muss zu aller erst die Vergangenheit analysiert werden. So weh das wahrscheinlich einigen tun wird, aber ohne einen ehrlichen Blick darauf, wie es zur jetzigen Situation kommen konnte, ist es nicht möglich, Neues und Wirksames im Kampf gegen Rechtsextremismus und Gewalt aufzubauen.

In der kommunalen Politik spiegelt sich oft die gesellschaftliche Realität viel stärker wieder, als in Wahlresultaten oder Umfragen. Und der Umgang mit rechtsextremen Werten, Strukturen und Gewalttaten vor Ort ist vielleicht ein viel deutlicherer Ausdruck des Klimas in den Regionen Ostdeutschlands, als viele bisher wahrhaben wollten. Ich denke sogar, dass an diesem Thema eine Gesamtentwicklung zu beobachten ist:

Wie weit ist die Akzeptanz von Demokratie und Freiheit entwickelt? Wie offen, tolerant und solidarisch verhalten sich die

Menschen? Wie offen sind sie Neuem und Fremden gegenüber? Wie selbstbestimmt und eigenständig agieren die Menschen? Wie werden Unterschiedlichkeit und Konflikte wahrgenommen, als Chance oder Problem?

Dies sind alles keine Fragen, die ausschließlich Bezüge zum Thema Rechtsextremismus haben, aber in diesem Zusammenhang beantwortet werden müssen und gleichzeitig Probleme der Wirtschaftsentwicklung, der politischen Entscheidungsfindung, der Bildung und der Kultur aufwerfen. Wenn ich also im Folgenden stichpunktartig kommunale Probleme beim Umgang mit Rechtsextremismus aufführe, dann verbinde ich damit immer die These, dass dies die Gesamtentwicklung vor Ort beeinflusst hat beziehungsweise Wirkungen auf diese hatte.

'Viele Kommunen haben über Jahre das Problem nicht erkannt, nicht wahrgenommen oder falsch benannt. Die Varianten reichen bis heute von der schlichten Leugnung über die Verharmlosung als Irrtümer verführter Jungs bis zur Sicht als ein Problem der Jugendgewalt und des Extremismus allgemein. In Prenzlau ruft der Bürgermeister noch immer zu Zivilcourage gegen Extremismus



auf, als wenn es in der Stadt jemals auch Gewalttaten des Links- oder Ausländerextremismus gegeben hätte. Besonders beliebt ist es, Rechtsextremismus als Imageproblem zu verharmlosen. Ich weiß nicht, wie oft ich in den letzten Jahren die Schlagzeile:

"Die Stadt XYZ wehrt sich gegen ihren Ruf als braune Stadt" gelesen habe. Um eine konsequente Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in der Stadt ging es in den Texten allerdings nie, sondern stets darum wie Nestbeschmutzer und böse Westmedien den Ruf der ach so weltoffenen Stadt schlecht gemacht hatten. Selten hat eine Atmosphäre die Folgen einer solchen Politik deutlicher gemacht, als die Podiumsdiskussion in Schwedt 1996 nach einem SPIEGEL Artikel. Es war wie eine Volksgemeinschaft aus PolitikerInnen, BürgerInnen und Nazis, die schwieg, als einer der ganz wenigen Mutigen in einem Wortwechsel gedroht wurde: "Haben sie Angst?" hatte der Moderator gefragt. "Ich lebe ja noch" hatte die Künstlerin geantwortet. "Noch!" tönte es daraufhin aus den gut gefüllten Reihen der Schwedter Rechtsextremistinnen. Und alle schwiegen. Dagegen hagelte es hasserfüllte Vorwürfe gegen die SPIEGEL Autoren, die es gewagt hatten, zu erläutern, dass

die Stadt ein Problem mit Rechtsextremismus hätte.

Es gibt vor Ort kaum relevante gesellschaftliche Gegenkräfte. Weder Parteien, noch Gewerkschaften, Unternehmen, Kirchen oder Wohlfahrtsverbände nehmen kommunal Verantwortung im Kampf gegen Rechtsextremismus wahr. Ausnahmen ergeben sich in der Regel durch das Wirken einzelner, engagierter Menschen. Es fehlt das, was heute gemeinhin als Zivilgesellschaft bezeichnet wird. Parteien sind im Osten oft ausschließlich parlamentarisch orientiert, müssen Rücksicht auf ihre nicht wenig rassistische Wähler-Innenschaft nehmen und engagieren sich lieber für eine neue Kleingärtnerverordnung als gegen den rechtsextremen Normalzustand. Dies betrifft kommunal alle Parteien, auch die PDS. Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Kirchen haben schon aus historisch strukturellen Gründen nicht die Möglichkeiten wie ihre Pendanten im Westen. Oft haben große Bildungswerke eine Art Monopolstellung bei auf Förderungen angewiesenen sozialen Projekten und nehmen alles, was möglich ist. Eine konsequente Auseinandersetzung mit einem nicht unerheblichen Teil ihrer Klientel, zum Beispiel in der Berufsvorbereitung ist daher kaum erwünscht. Die Stellung von Gewerbetreibenden vor Ort lässt sich ziemlich gut an der weitgehenden Ablehnung der "Aktion Noteingang" unter anderem in Angermünde und Schwedt ablesen. Aktivitäten gehen da eher von Großbetrieben mit internationalem Anspruch aus. Und viele Vereine in kleinen Städten und Dörfern, auf deren Arbeit immer wieder gern verwiesen wird (Freiwillige Feuerwehr, Sportclubs) sind oft eher Sammelpunkt der rechtsextremen Szene des Ortes denn Gegenpol.

Lange Zeit betrieben ostdeutsche Kommunen eine völlig verfehlte Jugendpolitik. Sonderprogramme für gewalttätige rechte

Jugendliche ersetzen jahrelang eine fachliche, differenzierte Jugendarbeit. In Schwedt kümmernten sich allein vier solche Projekte mit SozialarbeiterInnen, Räumen und viel Geld um die damals noch überschaubare rechtsextreme Jugendszene. Für die andere Jugendlichen gab es sogenannte "offene" Jugendclubs, die aber in der Praxis ebenfalls von der stärkeren, gewaltbereiten rechten Szene dominiert wurden. Die Folgen dieser akzeptierenden Jugendarbeit waren vielerorts fatal. Die rechtsextreme Jugendszene errang dadurch erst jene kulturelle Hegemonie, die sie heute oft hat. Das Signal hieß: Seid rechts, gewalttätig und gegebenfalls ein wichtiger Ordnungsfaktor in der Stadt und ihr bekommt Jugendräume, Sozialarbeiter und Geld. Auch nach Auslaufen der Sonderprogramme erfolgte meist keine inhaltliche Neuorientierung. Für besonders problematisch halte ich die fehlende Unterstützung nichtrechter, emanzipatorischer Jugendinitiativen. Nicht selten waren diese Hauptangriffsziele der Szene, wie das Angermünder Infocafe und wurden dafür zu den eigentlich Schuldigen an den Konflikten gemacht. "So, wie du aussiehst, ist es doch verständlich, dass du von den Rechten angegriffen wirst." Musste sich ein Jugendlicher 1993 von der jugendpolitischen Sprecherin der SPD in Schwedt anhören. Es ist kein Einzelbeispiel. In der Konsequenz fehlt es in den ostdeutschen Regionen meist an jugendkulturellen Alternativen. Mensch ist "rechts" und gehört dazu oder hat Probleme und geht schnell weg. Auch heute erfüllt Jugendarbeit eher eine Alibifunktion, um Schlimmeres zu verhindern. Antirassistische Bildungsarbeit kommt darin natürlich nicht vor.

Es gibt so gut wie keine Auseinandersetzung mit der Lage von AusländerInnen und besonders Flüchtlingen vor Ort. Im Gegenteil, diese erleben einen Alltagsrassismus von Seiten der ganz "normalen" Bevölkerung, der im

Zusammenspiel mit den Gewalttaten rechtsextremer Jugendlicher ihr Leben unerträglich macht. Kinder werden im Schulbus angegriffen, alte Leute spucken vor ihnen aus, VerkäuferInnen bedienen sie nicht, Beamte sprechen sie mit "Du" an - die Palette ließe sich beliebig fortsetzen. Kommunalpolitik setzt da an. Heime werden weit weg von der deutschen Bevölkerung mitten im Wald eingerichtet, die kommunalen Ausländerbehörden und Sozialämter nutzen die gesetzlichen Spielräume fast immer zu Ungunsten der Flüchtlinge aus und der BGS bekommt für seine Jagd auf AusländerInnen alle Unterstützung. In meiner Zeit als abgeordneter Lehrer der RAA haben Schulen viel öfter den BGS als Projektpartner geholt. Welch ein Zeichen an die SchülerInnen:

AusländerInnen sind illegal und kriminell und gehören nicht her, statt interkultureller Erziehung zu Weltoffenheit und Toleranz. Kein Wunder, dass die Opfer rechtsextremer Gewalt nur sehr selten Solidarität und Unterstützung in den Kommunen erfahren haben. Dafür war das Verständnis und die Hilfe bei Taten "unserer Jungs" um so größer. "Was haben Asylbewerber auch nach 22.00 Uhr auf der Strasse zu suchen?" hat der Bürgermeister von Spremberg nach der schrecklichen Menschenjagd in Guben gefragt.

Natürlich gibt es auch in ostdeutschen Kommunen Bündnisse, die sich in unterschiedlicher Form gegen Rechtsextremismus engagieren. Wirksam sind sie nur selten. Dies liegt nicht allein daran, dass die Zahl der MitstreiterInnen in der Regel sehr überschaubar ist. Nur wenige solcher Bündnisse haben sich ein gemeinsames Selbstverständnis erarbeitet, das auf einer klaren Analyse der Situation und der Akzeptanz unterschiedlicher Positionen und Aktionsformen beruht. Meist reagieren solche Bündnisse nur auf rechtsextreme Aktivitäten, wenn sie nicht sogar



versuchen, die Akteure zu integrieren. Von der Vorstellung des Brandenburger Generalstaatsanwaltes E. Rautenberg, der ein breites Bündnis vom "strammen Konservativen bis zum Autonomen" gefordert hatte, sind wir meilenweit entfernt. Die Akzeptanz gewaltfreien, zivilen Ungehorsams ist fast überhaupt nicht vorhanden. Das Abnehmen von Plakaten rechtsextremer Parteien ist dann natürlich ein weit schlimmeres Vergehen als das Anbringen.

Wenn wir über die Ursachen von Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern nachdenken, so muss konstatiert werden, dass kommunale Politik einen nicht unerheblichen Anteil an der heutigen Situation hat. So sehr ich mich über jeden Bürgermeister und Politiker freue, der heute beginnt, anders an das Problem heran zu gehen, so wenig kann einfach vergessen werden wie viele von ihnen erst dazu beigetragen haben, dass wir heute eine solche Alltagsnormalität haben. Durch das Schweigen und Verharmlosen hat kommunale Politik Rechtsextremisten jahrelang ermutigt, nicht selten erfolgte der Aufbau ihrer Strukturen mit staatlicher Unterstützung. Die Opfer wurden vertrieben und ausgegrenzt, die wenigen Engagierten ruhiggestellt und kriminalisiert. Es ist kein Wunder, dass die aktuelle Debatte in den Regionen nicht ankommt.

Wer sollte sie denn aufnehmen?

Im Folgenden stelle ich trotz der entmutigenden Ist-Analyse Vorschläge für andere **kommunale Strategien** vor. Dies soll vor allem denen helfen, die jahrelang als verfeimte EinzelkämpferInnen in den kleinen Orten tätig waren und sollte als Signal verstanden werden, das partiell etwas getan werden kann. Sicher kaum in Richtung einer langfristigen und grundlegenden Veränderung des gesellschaftlichen Klimas, aber wenigstens als kleine Schritte in dem richtigen Weg.

1. Voraussetzung für jede Gegenstrategie ist die **klare Benennung der Problemlage** und eine differenzierte **Analyse** der regionalen Situation. Das Thema, mit dem wir es zu tun haben, heißt Rechtsextremismus. Damit geht es um weit mehr als um sichtbare Gewalttaten. Die Werte, die hier nicht nur von einer kleinen Minderheit vertreten werden, sind extrem inhuman und in ihren Ausmaßen eine Gefährdung für das demokratische Gemeinwesen insgesamt. Wir haben als Verein eine solche Analyse für die Uckermark erstellt und dabei versucht, die ganze Spannweite rechtsextremen Alltags zu beschreiben, von schlichter Anpassung über Musik, Kleidung, Symbolik, Öffentlichkeit, Propaganda, Organisations-

formen und natürlich bis zu Gewalttaten. Wer ihnen etwas entgegensetzen will, muss dies wissen.

2. Wer sich die eben beschriebene Mühe macht und erkannt hat wie stark rechtsextreme Werte, Kultur und Strukturen vielerorts bereits den Alltag in Ostdeutschlands Kommunen bestimmen, wird sich der folgenden Konsequenz kaum verschließen können: Die Auseinandersetzung muss in diesem **Alltag** ansetzen. Dies ist ein mühsames, aber zugleich für jeden Willigen mögliches Unterfangen. Es gilt, im Alltag rechtsextremen Äußerungen entgegenzutreten, rechtsextreme Propaganda in Form von Aufklebern und Flugblättern zu verhindern, ihren Organisationen keine Räume in Clubs oder Kneipen zu geben, Straftaten anzuzeigen, bei Bedrohungen einzuschreiten und im Haus oder der Arbeit Stellung zu beziehen, wenn RechtsextremistInnen sich breit machen. Rechtsextremistisch orientierte Jugendliche sind im Osten längst keine ausgegrenzte Minderheit mehr, wie uns oft erzählt wird. Ihre Stärke haben sie erst über die Akzeptanz und Tolerierung durch die Politik und die Bevölkerung entwickeln können. Also müssen wir jetzt den umgedrehten Weg gehen. RechtsextremistInnen und ihre Werte müssen aus dem gesellschaftlichen Diskurs ausgeschlossen werden. Mit rechtsextremen Kadern führt man keine öffentlichen Diskussionen, das verschafft ihnen nur eine weitere Plattform zur Verbreitung ihrer menschenfeindlichen Werte. Im Gegenteil, in der Kommune muss deutlich spürbar sein: Ihr seid mit euren Inhalten hier nicht erwünscht, nirgends!

3. Gleichzeitig muss selbstverständlich die Auseinandersetzung mit diesen völkisch-nationalen Inhalten geführt werden. Dabei darf niemand ausgenommen werden. Wie oft habe ich in der Diskussion um rechtsextreme Werte Argumente gehört, die eine gefährliche Nähe zu diesen hatten. Sich selbst

zu hinterfragen und zu qualifizieren, sich antirassistisches Denken anzueignen ist eine notwendige Voraussetzung für die Fähigkeit zur Auseinandersetzung. Der moderne Rechtsextremismus ist nicht mit ein paar Schlagwörtern zu widerlegen. Für dringend nötig halte ich eine klare, fachliche Position zum Recht auf Asyl und zu Menschenrechten, zu Rassismus und Demokratie. Die eigene inhaltliche Positionsbestimmung ist auch Bedingung für selbstbestimmtes Handeln. Den ständigen Hinweis auf das erhoffte staatliche Handeln verhindert Zivilgesellschaft und hat im übrigen eine gefährliche Nähe zu rechtsextremen Positionen eines starken Staates. Wir brauchen keine Videokameras, sondern Mut zum eigenen Handeln. Wir müssen an die Köpfe, jeden Tag, in jeder Situation. Mit vielen, kreativen Projekten, mit eigenen deutlichen Positionen, mit Konsequenz und Mut. Neutralität gibt es hier nicht, auch nicht für Lehrerinnen oder PolitikerInnen.

4. Deshalb muss auch die **Jugendpolitik** in den Kommunen eine völlig neue Ausrichtung erfahren. Wertneutrale Jugendarbeit für "alle offen" gibt es nicht oder sie ist schlecht. In der aktuellen Situation brauchen wir antirassistisch ausgerichtete Jugendbildungsarbeit und die Unterstützung für emanzipatorische und nicht rechte Jugend(kultur)Projekte. Die wenigen engagierten Jugendinitiativen, die gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit aktiv sind brauchen genauso Hilfe wie Projekte, die Jugendkulturelle Alternativen fördern. Antifaschistisch engagierte Jugendliche sind keine Nestbeschmutzer, sondern Aushängeschilder von Kommunen! Viele Jahre waren sie meist die Einzigen, die oft genug unter Gefahr ihres Lebens gegen Rechtsextremismus vorgegangen sind. Deshalb heißt Unterstützung nicht nur Geld (das auch!), sondern vor allem Anerkennung als gesellschaftliche Kraft mit eigenen Ansprüchen und Aktionsformen.

5. Dann können solche antirassistisch und antifaschistisch ausgerichteten Jugendinitiativen endlich auch eine gleichberechtigte Rolle in kommunalen Bündnissen gegen Rechts spielen. Diese Bündnisse müssen alle PartnerInnen einbeziehen, die glaubhaft und aktiv gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit angehen wollen. Dies heißt einerseits, es hat aus meiner Sicht keinen Sinn, Parteien und Organisationen aufzunehmen, die nur mitmachen, weil es gerade Mode ist, aber in der Realität nichts tun oder gar selbst eine rassistische Politik betreiben. Das bedeutet übrigens nicht, dass Einzelpersonen aus diesen Organisationen nicht eine wichtige Rolle spielen können wie die Ausländerbeauftragte des Landkreises Barnim, die auch CDU-Mitglied ist. Eine wirksame Arbeit ist nur möglich, wenn sich solche Bündnisse auf einen Minimalkonsens und eine gemeinsame Arbeitsgrundlage einigen. Gegen Rechtsextremismus demonstrieren und eine Unterschriftensammlung gegen Flüchtlinge machen passt eben genauso wenig zusammen wie öffentlich Rechtsextremismus zu verurteilen und dann mit NPD-VertreterInnen über nationale Jugendclubs zu verhandeln. Andererseits wird es nötig sein, verschiedene Positionen zu Ursachen und Gegenstrategien zuzulassen. Menschen, die Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik zusammenführen gehören genauso rein wie solche die Weltoffenheit und Toleranz aus einem liberalen oder christlichen Selbstverständnis leben. Wichtig ist die Diskussion darüber und die Akzeptanz daraus erwachsender unterschiedlicher Aktionsformen. Gegen einen NPD-Aufmarsch haben Gottesdienste genauso Berechtigung wie Blockaden oder laute Rockmusik.

6. Gewalttaten gegen Minderheiten werden noch so gute Gegenstrategien nicht völlig verhindern können. Aber es muss endlich Schluss sein mit dem Verständnis für die TäterInnen. Wir

brauchen eine "Opferperspektive" wie eines der besten Projekte gegen Rechtsextremismus in Brandenburg heißt. Opfer solcher Gewalttaten brauchen unsere ganze Solidarität und Unterstützung. Öffentliche und symbolische Solidarität sind genauso gefragt wie materielle Unterstützung und alle Formen der Integration in die kommunale Gesellschaft. Das heißt aber auch, Flüchtlinge als die am meisten betroffene Opfergruppe gehören in die Mitte der Gesellschaft und alle Gesetze, die sie diskriminieren und ausgrenzen abgeschafft. Auch kommunal gibt es dabei entgegen vieler Beteuerungen viel Spielraum: Wohnungen statt Heime mitten im Wald, Bargeld statt Gutscheine, kostenlose Bildung und kulturelle Freiräume. Wenn Kommunen hier nichts tun, ist ihr Kampf gegen Rechtsextremismus nicht wirklich glaubhaft.

7. Wir brauchen einen breiten **öffentlichen Diskurs!** Rechtsextremismus muss heraus aus dem geheimnisvollen und angstvollen. Es ist nicht imageschädigend, Täterinnen, Strukturen und menschenfeindliches Handeln öffentlich zu benennen. Es ist der einzige Weg, den Menschen die Gefahr deutlich zu machen und Gegenkräfte zu ermutigen. Dafür müssen die lokalen Medien endlich eine andere Rolle spielen. Sie haben nicht nur eine Funktion als Übermittler der Polizeimeldungen, sondern sie müssen sich als Teil der Zivilgesellschaft begreifen. Neutralität ist schon gar nicht angebracht. Erst, wenn jede/r weiß, der Zeitungskiosk, der Nazizeitungen verkauft, wird öffentlich gemacht, der Schülersprecher, der rechtsextreme Propaganda verteilt wird genannt, die Eltern, die es zulassen, das der Sohn/ die Tochter zu Hause ein NPD-Büro betreiben werden darauf angesprochen, erst dann wird auch ein gemeinsames öffentliches Problembewusstsein geschaffen. Das verlangt natürlich die oben genannten eigenen Positionen und den Mut diese öffentlich zu vertreten. Aber, wenn

das endlich viele tun, schützt es auch einzelne.

8. Wir müssen begreifen, dass es sich bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit nicht um eines von vielen kommunalen Problemen handelt. In diesem Thema bündelt sich eine Entwicklung in Ostdeutschland, die Zukunft in Frage stellt. Ob weiter engagierte, kreative und weltoffene Jugendliche abwandern, ob weiter kaum fremde Investorinnen in die Region kommen, ob sich weiter viele Menschen aus Politik und Gesellschaft heraushalten und statt dessen nach einem starken Staat rufen, ob weiter ein Klima von Angst, Anpassung und Resignation herrschen soll und ob irgendwann aus Mangel an Opfern jede/r dran sein kann - kommunale Politik muss jetzt eine Antwort darauf finden.

Ich gebe zu, zehn Jahre antifaschistisches Engagement in der Uckermark haben auch Spuren von Resignation hinterlassen. Vielerorts herrscht ein derartiges Klima von Ausgrenzung und Anpassung, von fehlender Bereitschaft sich mit autoritärer DDR - Vergangenheit und rassistischer Gegenwart auseinander zu setzen, von Demokratiefeindlichkeit und Gleichmacherei, dass Rechtsextremismus überhaupt nicht mehr als Gefahr begriffen wird. In einer derartigen Normalität stellt natürlich erst Recht niemand die Ursachen und Wirkungsweisen der gegenwärtigen staatlichen Rechtsextremismusdebatte in Frage. Und wo Menschen nach ihrer Verwertbarkeit eingeteilt und von gesellschaftlichen Reichtum und Grundrechten ausgeschlossen werden, stößt natürlich auch kommunale Politik an ihre Grenzen. Aber diese sollte Mensch wenigstens ab und an ausloten.

**Veröffentlicht in:  
Schneider, Ulrich: Tut was!  
Strategien gegen Rechts.**

**Papy Rossa Verlag 2001**

# Adressen



**Aktion Analyse**  
C/o DJB e.V.  
Breitscheidstr. 41  
16321 Bernau  
E-Mail: [info@djb-ev.de](mailto:info@djb-ev.de)  
[www.aktion-analyse.org](http://www.aktion-analyse.org)

**Böll**

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

**Projekt**  
"Bunt statt braun",  
Ansprechpartner in  
Frankfurt (Oder):

**Frank Hühner**  
Anschrift:  
c/o kowa  
Postfach 1786  
15207 Frankfurt (Oder)  
Tel.: 0335-5534 5902  
Fax.: 0335-5534 5903

**Beratungsstelle für Opfer  
rechter Gewalt**  
BORG-Frankfurt (Oder)  
c/o Utopia e.V.  
Berliner Str. 24  
15230 Frankfurt (Oder)  
Tel.: 0179 - 86 211 59  
Fax: 0335 - 665 99 94  
E-Mail: [borg-ffo@gmx.net](mailto:borg-ffo@gmx.net)

**Flüchtlingsrat Brandenburg**  
Eisenhartstraße 13  
14469 Potsdam  
Tel.: 0331-71 64 99  
Fax.: 0331-71 64 99  
E-Mail:  
[fluechtlingsratbrb@berlin.de](mailto:fluechtlingsratbrb@berlin.de)

[www.inforiot.de](http://www.inforiot.de)  
Inforiot ist ein unabhängiges  
Infosystem für alternative  
Politik und Kultur im Land  
Brandenburg

